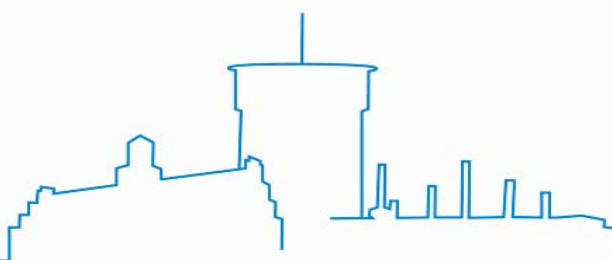


Stadt Gröditz



Beteiligungsbericht



2017

Vorwort

Mit dem Beteiligungsbericht 2017 gibt die Stadt Gröditz einen Überblick über die Entwicklung ihres Eigenbetriebes, ihrer kommunalen Beteiligungsunternehmen und der Zweckverbände, in denen sie Mitglied ist.

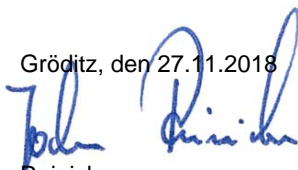
Dabei wurde eine kompakte Informationsgrundlage über die vielfältigen Konzernstrukturen mit ihren kommunalen Beteiligungen für die politisch verantwortlichen Mandatsträger und die breite Öffentlichkeit geschaffen. Gleichzeitig geben die Informationen Auskunft über das Geschäftsjahr 2017 sowie die voraussichtliche Entwicklung und bestehende Risiken innerhalb der Beteiligungen.

Die kurze und übersichtliche Darstellungsform der einzelnen Beteiligungen soll zunächst dem Leser ermöglichen, die gesellschaftsrechtlichen Entwicklungen der Unternehmen schnell zu überblicken, ohne sich im Detail zu verlieren. Anschließend werden die einzelnen Beteiligungen noch einmal umfangreich aufgearbeitet.

Der Beteiligungsbericht 2017 enthält die wichtigsten Unternehmensdaten. Das Geschäftsjahr wird durch den Lagebericht der Beteiligungen aufgearbeitet. Zudem ist eine Zusammenfassung aller Beteiligungen und ein Organigramm der Einzeldarstellung vorangestellt. Dabei werden auch die Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und ihren Unternehmen aufgeführt, sowie die auf die Stadt wirkenden Risiken innerhalb des „Konzerns Stadt“ formuliert.

Zwei Beteiligungen haben ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr, weshalb das Wirtschaftsjahr 2016/2017 für diesen Bericht Verwendung findet.

Gröditz, den 27.11.2018



Reinicke
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Abkürzungsverzeichnis	3
Formelverzeichnis	4
Erläuterungen von Fachbegriffen und Kennzahlen	5
1 Beteiligungen der Stadt Gröditz	7
1.1 Organigramm der Unternehmensbeteiligungen und Zweckverbandsmitgliedschaften	8
2 Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO	9
3 Übersicht über die Finanzbeziehungen der Stadt zum Eigenbetrieb, zu den Unternehmen und Zweckverbänden	12
4 Übersicht von Kennziffern zum Jahresabschluss ausgewählter kommunaler Beteiligungen	13
5 Einzeldarstellung der Beteiligungen	13
5.1 Eigenbetrieb „Abwasser“ Gröditz	14
6 Einzeldarstellung der Unternehmen in privater Rechtsform	19
6.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Gröditz mbH	19
6.2 KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost	22
6.3 Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH	27
6.4 Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH	33
7 Einzeldarstellung der Zweckverbände	37
7.1 Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“	37
7.2 Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung (KISA)	43
8 Nachrichtlich: Mitgliedschaften der Stadt Gröditz	50

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
a.F.	alte Fassung
AZV	Abwasserzweckverband Röderau
AO	Abgabenordnung
BFH	Bundesfinanzhof
BilMoG	Bilanzrechtmodernisierungsgesetz
DMBilG	D-Markbilanzgesetz
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
DRSC	Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., Berlin
EStG	Einkommensteuergesetz
EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
BFH	Bundesfinanzhof
BilMoG	Bilanzrechtmodernisierungsgesetz
DMBilG	D-Markbilanzgesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GewSt.	Gewerbesteuergesetz
HFA	Hauptfachausschuss des IDW
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsatzgesetz
HR	Handelsregister
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IDW PS 400	IDW Prüfungsstandard: "Grundsätze für die ordnungsmäßige Erteilung von Bestätigungsvermerken bei Abschlussprüfungen" (Stand 24.11.2010)
IDW PS 450	IDW Prüfungsstandard: "Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" (Stand 09.09.2009)
IDW PS 720	IDW Prüfungsstandard: "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG"
IDW RS WFA 1	IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: "Berücksichtigung von strukturellem Leerstand bei zur Vermietung vorgesehenen Wohngebäuden"
IKS	Internes Kontrollsystem
JA	Jahresabschluss
KStG	Körperschaftsteuergesetz
LB	Lagebericht
Mio.€	Millionen Euro
PH	Prüfungshinweis des IDW
PS	Prüfungsstandard des IDW
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
Sächs.GVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Sächs.SchAVO	Verordnung des Sächs. Staatsministeriums für Umwelt u. Landwirtschaft über Schutzbestimmungen und Ausgleichsleistungen für erhöhte Aufwendungen der Land- und Forstwirtschaft in Wasserschutzgebieten
T€	Tausend Euro
TVöD	Tarifvertrag im öffentlichen Dienst
UR-Nr.	Urkundenrollen-Nummer
UStG	Umsatzsteuergesetz
WPH 2012	Wirtschaftsprüfer-Handbuch 2012, Band I, 14. Auflage, IDW-Verlag, Düsseldorf 2012

Formelverzeichnis**Vermögenssituation**

$$\text{Investitionsdeckung in \%} = \frac{\text{Abschreibung}}{\text{Investitionen ins Anlagevermögen}} \times 100$$

$$\text{Vermögensstruktur in \%} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$$

$$\text{Fremdkapitalquote in \%} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Kapitalstruktur

$$\text{Eigenkapitalquote in \%} = \frac{\text{Eigenkapital i. w. S.}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

$$\text{Eigenkapitalreichweite} = \frac{\text{Eigenkapital i. w. S.}}{\text{Jahresfehlbetrag}} \times 100$$

Liquidität

$$\text{Effektivverschuldung in EUR} = \text{Fremdkapital - Umlaufvermögen} \times 100$$

$$\text{Kurzfristige Liquidität in \%} = \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100$$

Rentabilität

$$\text{Eigenkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Eigenkapital i. w. S.}} \times 100$$

$$\text{Gesamtkapitalrendite in \%} = \frac{\text{Jahresüberschuss + Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$$

Selbstfinanzierungskraft

$$\text{Cash-Flow in EUR} = \begin{aligned} &\text{Jahresergebnis} \\ &+ \text{Abschreibungen} \\ &+ \text{Zuführungen zu Pensionsrückstellungen} \end{aligned}$$

Sonstige

$$\text{Personalaufwandsquote in \%} = \frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100$$

Gesamtleistung = Umsatzerlöse + Bestandsveränderungen + aktivierungsfähige Eigenleistung

Erläuterungen von Fachbegriffen und Kennzahlen

Im folgenden Abschnitt sollen Fachbegriffe erläutert werden, welche für das Verständnis beim Leser als wichtig erachtet werden.

Zu bemerken ist, dass bei der Kennzahlenberechnung in der Einzeldarstellung der Unternehmen unternehmensspezifische Besonderheiten Beachtung gefunden haben. Außerdem sind in der Literatur teils unterschiedliche Berechnungsformeln für Kennzahlen zu finden. In den vorliegenden Ausführungen wurde sich auf die Formeln im Formelverzeichnis bezogen.

Abschreibung

Die Abschreibung drückt den Wertverlust von Vermögensgegenständen aus. Dieser kann durch den technischen Fortschritt, Alterung und Verschleiß oder außergewöhnliche Ereignisse eintreten.

Anlagevermögen

Zum Anlagevermögen gehören Vermögensgegenstände, die dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, wie z. B. Gebäude und Grundstücke.

Bilanz

Es findet in Kontenform eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden statt.

Cash-Flow

In der betriebswirtschaftlichen Literatur gibt es viele unterschiedliche Ansätze zur Cash-Flow-Berechnung. Bei der einfachsten Form werden die kalkulatorischen Abschreibungen und die Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen zum Jahresüberschuss addiert. Der Cash-Flow verdeutlicht, ob ein Unternehmen sein in der Bilanz abgebildetes Vermögen durch den Umsatzprozess wieder gewinnen kann und inwieweit es Mittel für die Substanzerhaltung und für Erweiterungsinvestitionen selbst erwirtschaftet. Somit wird der reine Einzahlungsüberschuss aus der wirtschaftlichen Tätigkeit einer Periode abgebildet (positiver Cash-Flow). Bei einem negativen Cash-Flow sind dem Unternehmen mehr finanzielle Mittel abgeflossen als zugeflossen.

Effektivverschuldung

Diese Kennzahl ergibt sich aus der Subtraktion des Umlaufvermögens von den Verbindlichkeiten. Damit ist die Verschuldung vorhanden, die nicht unmittelbar getilgt werden kann.

Eigenkapital

Dies ist das von den Unternehmensinhabern gewährte Kapital.

Eigenkapitalquote

Sie drückt das Verhältnis von Eigenkapital zu Gesamtkapital aus und ist ein Maß für die finanzielle Unabhängigkeit und Krisenfestigkeit eines Unternehmens.

Eigenkapitalreichweite

Die Eigenkapitalreichweite gibt Auskunft, wie lange die Verluste eines Jahre noch durch die Unternehmenssubstanz abgedeckt werden können.

Eigenkapitalrendite

Bei der Eigenkapitalrentabilität wird das Jahresergebnis in Relation zum Eigenkapital gesetzt. Sie kann bei kommunalen Beteiligungen unter Umständen nicht aussagekräftig sein.

Fremdkapitalquote

Bei der Fremdkapitalquote werden die Verbindlichkeiten in Relation zum Gesamtkapital gesetzt. Sie ist deshalb bedeutend, weil mit einer steigenden Quote die Abhängigkeit von Banken im Falle der kommunalen Gesellschaften oft auch die Abhängigkeit von der Kommune wächst.

Gesamtkapitalrendite

Will man sie berechnen, werden zum Gewinn die Fremdkapitalzinsen addiert und anschließend die Summen in Relation zum Gesamtkapital gesetzt. Investitionen sollten immer über Fremdkapital finanziert werden, wenn die Zinsaufwendungen kleiner als die Gesamtkapitalrentabilität sind. Denn damit erhöhen sich der Jahresüberschuss und die Eigenkapitalrentabilität.

Gewinn- und Verlustrechnung

Bei ihr erfolgt eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen einer Periode in Staffelform.

Investitionsdeckung

Sie zeigt, ob und in welchem Umfang Anlagezugänge aus Abschreibungen finanziert werden.

Kurzfristige Liquidität

Bei dieser Kennzahl wird das Verhältnis von Umlaufvermögen zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten ermittelt. Es wird die Zahlungsfähigkeit ermittelt, für welche das Umlaufvermögen zur Begleichung der kurzfristigen Verbindlichkeiten veräußert werden müsste.

Lagebericht

Der Bericht soll Aufschluss über gegenwärtige und zukünftige Unternehmenschancen und -risiken geben.

Liquide Mittel

Liquide Mittel sind in der Regel Kassen- und Bankguthaben sowie Festgelder mit einem Anlagehorizont bis zu einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

Sie entstehen, wenn Aufwand bzw. Ertrag und die dazu gehörigen Ausgabe bzw. Einnahmen nicht in einem Geschäftsjahr stattfinden. Die Abgrenzungsposten sollen eine periodengerechte Erfolgsermittlung ermöglichen.

Rücklagen

Rücklagen dienen der Selbstfinanzierung und der Stärkung der Eigenkapitalbasis des Unternehmens. Die offenen Rücklagen eines Unternehmens sind im Gegensatz zu den versteckten Rücklagen aus der Bilanz ersichtlich, z. B. Gewinnrücklagen. Versteckte Rücklagen sind dies nicht und lassen den Gewinn und das Eigenkapital geringer erscheinen als es tatsächlich zum Bilanzstichtag gegeben ist.

Rückstellungen

Sie sind Verbindlichkeiten, welche nach Höhe und/oder Fälligkeit noch nicht genau bekannt sind.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Rücklagen, die aus un versteuerten Gewinnen nur für die im Einkommenssteuergesetz ausdrücklich genannten Fälle gebildet werden können. Da sie i. d. R. in späteren Perioden aufzulösen sind und dann das Ergebnis erhöhen, stellen sie nicht in vollem Umfang Eigenkapital dar., sondern beinhalten Fremdkapitalbestandteile in Höhe der späteren Steuerbelastung.

Umlaufvermögen

Im Gegensatz zum Anlagevermögen soll das Umlaufvermögen nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Beispiele sind Vorräte und liquide Mittel.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind die noch zu zahlenden finanziellen Verpflichtungen eines Unternehmens gegenüber seinen Lieferanten und sonstigen Gläubigern.

Vermögensstruktur

Sie drückt das Verhältnis von Anlagevermögen zu Gesamtkapital aus. Anlagen binden Kapital und verursachen fixe Kosten (z.B. Abschreibungen), die unabhängig von der Beschäftigungslage des Unternehmens anfallen. Damit ist die Vermögensstruktur ein Maß für die Anpassungsfähigkeit des Unternehmens an veränderte Bedingungen.

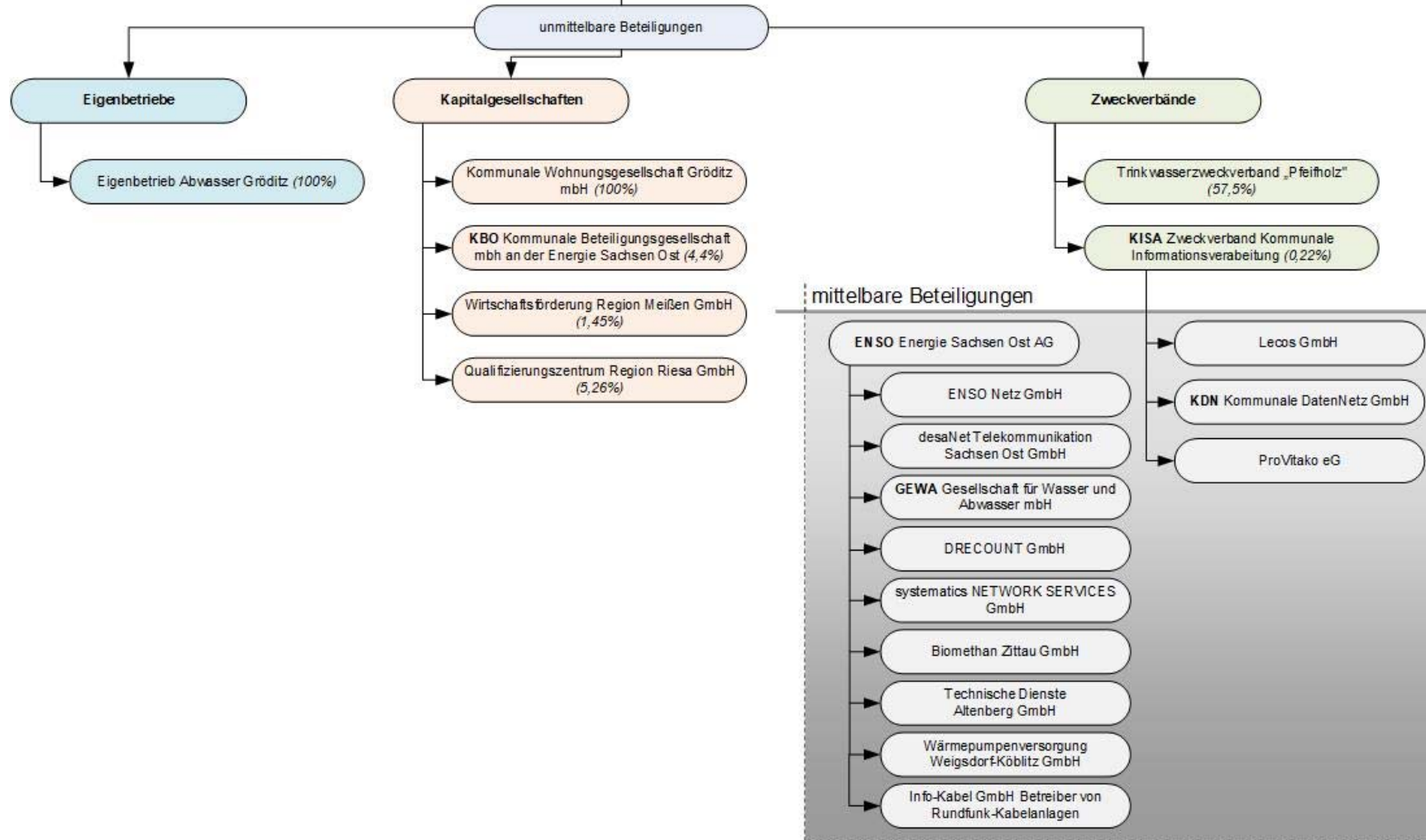
1 Beteiligungen der Stadt Gröditz

1.1 Organigramm der Unternehmensbeteiligungen und Zweckverbandsmitgliedschaften

Die Stadt Gröditz ist zum 31.12.2017 an einem Eigenbetrieb, an vier Gesellschaften des privaten Rechts und an zwei Zweckverbänden unmittelbar beteiligt. Eine mittelbare Beteiligung unterhält die Stadt Gröditz in 1. Generation an zwei Unternehmen des privaten Rechts und in 2. Generation an sieben Unternehmen des privaten Rechts. Diese sind jedoch nur geringfügiger Natur, weil der Anteil an der unmittelbaren Beteiligung bereits niedrig ausfällt.

Abgesehen vom Eigenbetrieb Abwasser Gröditz, der Wohnungsgesellschaft Gröditz mbH und dem Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“ hält die Stadt Gröditz ausschließlich Beteiligungen unter 25 Prozent (§ 99 Absatz 3 SächsGemO), weshalb die Stadt Gröditz auf diese Beteiligungen nur geringfügig Einfluss nehmen kann.

Die erforderlichen Angaben und Informationen wie der Unternehmenszweck, das Stamm- bzw. Grundkapital und die Anteilsquote der Stadt Gröditz können den Einzeldarstellungen unter den Punkten 5, 6 und 7 entnommen werden.



2 Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen gemäß § 99 Abs. 2 Nr. 3 SächsGemO

Grundlagen

Der jährlich herausgegebene Beteiligungsbericht hat zum Ziel, ein umfassendes und transparentes Bild der wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen der Stadt Gröditz zu vermitteln.

Sowohl dem Stadtrat als auch den Bürgerinnen und Bürgern wird mit diesem Bericht ein umfassender Überblick über die bestehenden Beteiligungen gegeben. Er soll Anregung für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher städtischer Beteiligungen sein. Grundlagen bilden die Jahresabschlüsse des Eigenbetriebes, der Zweckverbände und der Gesellschaften. Zwar besteht für die KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost ein abweichendes Wirtschaftsjahr vom 01.09. bis 31.08.2017, auf welches sich die Gewinne beziehen. Allerdings werden den Kommunen die bis zum 31.12.2017 fortgeschriebenen Beteiligungswerte mitgeteilt, so dass diese im Beteiligungsbericht und im Jahresabschluss aufgegriffen werden können. Zudem hat auch die Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH ein abweichendes Wirtschaftsjahr vom 01.08. bis 31.07.2017. In diesem Fall können nur Daten zum Stand 31.07. in den Beteiligungsbericht einfließen. Wie in den Vorjahren werden die wesentlichen und unternehmensrelevanten Daten der Eigenbetriebe, Gesellschaften und Zweckverbände dargestellt.

In den folgenden Ausführungen, dem Geschäftsverlauf, soll sich im Wesentlichen auf die Unternehmen konzentriert werden, bei denen bedeutsame Veränderungen im Wirtschaftsjahr erfolgt sind.

Geschäftsergebnisse

Der „Konzern Stadt Gröditz“ war in seiner wirtschaftlichen Betätigung zum 31.12.2017 an einem Eigenbetrieb, an vier Gesellschaften des Privatrechts und an zwei Zweckverbänden unmittelbar beteiligt. Eine mittelbare Beteiligung der 1. Generation besteht bei vier Gesellschaften des Privatrechts. Weiterhin ist die Stadt Gröditz in 2. Generation an sechs Gesellschaften des Privatrechts beteiligt. Bei allen Beteiligungen in 1. und 2. Generation ist die Beteiligungsquote und damit das Durchgriffsrecht geringfügig.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 werden die Anteile der Stadt Gröditz zum 31.12.2017 in der Vermögensrechnung unter der Position „Finanzanlagevermögen“ abgebildet. Die Bewertung der Eigenanteile an den verbundenen Unternehmen, Beteiligungen sowie des Sondervermögens werden nach der Eigenkapitalspiegelmethode durchgeführt. Dabei werden Wertveränderungen ganz allgemein über die Mehrung/Minderung des Eigenkapitals des Unternehmens und der daraus resultierenden Zu- bzw. Abschreibungen des Wertansatzes in der städtischen Vermögensrechnung berücksichtigt und gehen in das ordentliche Ergebnis der Stadt Gröditz ein. Derzeit (November 2018) gibt es Überlegungen im Innenministerium des Freistaates Sachsen den Beteiligungswert zum 31.12.2017 festzuschreiben und nur noch bei dauerhaften Wertveränderungen bzw. Kapitaleinlagen/-entnahmen zu ändern. Dadurch würden die Schwankungen in den Beteiligungswerten des Finanzanlagevermögens der Schlussbilanz wesentlich ruhiger ausfallen.

Die Übersicht von Kennziffern zum Jahresabschluss dokumentiert zusammenfassend die Lage ausgewählter städtischer Beteiligungen.

Die Jahresergebnisse der unmittelbaren Beteiligungen der Unternehmen betragen im Geschäftsjahr 2017:

Eigenbetrieb Abwasser Gröditz	Jahresüberschuss	211,0 T€
Kommunale Wohnungsgesellschaft Gröditz mbH	Jahresüberschuss	279,0 T€
KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der ENSO	Jahresüberschuss ¹⁾	584,3 T€
	Aktienanteile ²⁾	1.492,8 T€
Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH	Jahresfehlbetrag ³⁾	3,9 T€
Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH	Jahresfehlbetrag ³⁾	10,6 T€
Trinkwasserzweckverband Pfeifholz	Jahresüberschuss ³⁾	55,3 T€
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung (KISA)	Jahresüberschuss ³⁾	5,5 T€

Differenzierte Betrachtungen sind in den Einzeldarstellungen der Beteiligungen zu finden. Das Stammkapital bei den unmittelbaren Beteiligungen blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

¹⁾ brutto, 498,8 netto

²⁾ Anteil Stadt- KBO am nominellen Eigenkapital

³⁾ Anteil der Stadt Gröditz am Jahresfehlbetrag / -überschuss

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Eigenbetrieb Abwasser Gröditz (EAG):

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Abwasserbeseitigung und die Betreuung des Bauhofes der Stadt Gröditz ohne Gewinnerzielungsabsicht. Dazu ist der Eigenbetrieb in die Sparten Abwasser und Bauhof eingeteilt.

Der Bereich Abwasser finanziert sich im Wesentlichen aus Gebühren und wird deshalb kosten- und erlösseitig streng von der Sparte Bauhof getrennt. In diesem Bereich wurde der Stadt Gröditz lediglich der Straßenentwässerungskostenanteil in Höhe von 152,5 T€ in Rechnung gestellt.

Die Sparte Bauhofleistungen bildet die Personal- und Sachkosten für den Betrieb des Bauhofes ab.

Die Stadt Gröditz erstattet dem EAG auf Rechnung die beauftragten Leistungen. Die Leistungen beinhalten den Stundenlohn, Maschineneinsatz und Material.

Der Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes Abwasser Gröditz weist einen Überschuss in Höhe von 211,0 T€ aus.

Der Stadtrat stellt den Jahresabschluss des EAG mit Beschluss fest. Dabei soll der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2017 auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Kommunale Wohnungsgesellschaft Gröditz mbH (KWG):

Der Zweck der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung und Entwicklung des kommunalen Wohnungsbestandes.

Die wirtschaftliche Lage der KWG ist weiterhin von dem anhaltenden Bevölkerungsrückgang geprägt. Zudem sind die Mieten niedrig zu halten um einkommensschwache Mieter nicht weiter zu belasten. Damit sind aber Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen auch nur eingeschränkt möglich. Die Unterbringung von Asylbewerbern ist dabei Herausforderung und Chance zugleich. Ebenso ist der weiter fortschreitenden Alterung der Bevölkerungsstruktur Rechnung zu tragen.

Die KWG konnte im Geschäftsjahr 2017 die Erlöse aus der Hausbewirtschaftung auf 2.917 T€ (2016 = 2.855 T€, 2015 = 2.799 T€) steigern. Der im Geschäftsjahr 2017 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 279 T€ (2016 = 284,3 T€) wurde mit Beschluss der Gesellschafterversammlung auf neue Rechnung vorgetragen. Durch die im Jahr 2014 durchgeführte Ertragswertüberprüfung des Gebäudebestandes sowie der damit einhergehenden außerplanmäßigen Abschreibung des Gebäudebestandes und durch Umschuldungen am derzeit niedrigen Zinsmarkt kann die KWG nunmehr positive Jahresergebnisse erzielen, weil die laufenden Abschreibungen wesentlich geringer ausfallen, wodurch mittelfristig weiter positive Jahresergebnisse möglich sind.

KBO Komm. Beteiligungsgesellschaft mbH (KBO) an der Energie Sachsen Ost (ENSO):

Der Gegenstand des Unternehmens ist das Halten und Verwalten von Beteiligungen, insbesondere an der Energie Sachsen Ost AG (ENSO) und nimmt die Gesellschafterrechte und -pflichten in Vertretung für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften wahr. Damit ist die KBO abhängig vom Geschäftsverlauf und -ergebnis der ENSO. Diese muss den sinkenden Abgabemengen im Strom- und Erdgasbereich der Haushaltskunden mit verstärkter Kundenakquise außerhalb des Netzgebietes der ENSO entgegensteuern. Zwar ist die geplante Fusion der ENSO mit der Drewag (Stadtwerke Dresden GmbH) derzeit zurückgestellt, jedoch gibt es weitere Umstrukturierungs- und Beteiligungsplanungen wodurch Ressourcen in der KBO gebunden werden, die nicht zur Ausschüttung kommen.

Im Geschäftsjahr 2015/2016 (abweichendes Wirtschaftsjahr) hat die KBO einen Jahresüberschuss in Höhe von 13.308,2 T€ (2015 = 13.597 T€) erzielt. Die im November 2016 ausgeschüttete Dividende an die Stadt Gröditz betrug 498,8 T€ netto.

Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH (WRM):

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme von Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Strukturentwicklung im und für den Landkreis Meißen und die dazugehörigen Städte und Gemeinden. Zudem ist die Sicherung vorhandener und die Schaffung der Voraussetzungen für die Entstehung neuer Arbeitsplätze durch die Unterstützung und Förderung der im Landkreis Meißen ansässigen Unternehmen Ziel der Wirtschaftsförderung. Sowie die Vermittlung und Beratung bei der Gründung oder der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Meißen.

Aufgrund des Unternehmensgegenstandes ist die Ertragskraft des Unternehmens begrenzt. Das Unternehmen wird durch den Landkreis Meißen, die Sparkasse Meißen sowie mit Aufnahme der Gemeinde Thiendorf 25 Städte und Gemeinden finanziert. Die Stadt Gröditz hält an der WRM eine Stammeinlage in Höhe von 550 EUR und zahlte in 2017 eine Gesellschafterumlage in Höhe von 4.238 Euro (2016 = 4.351 Euro). Mit Aufnahme der Gemeinde Ebersbach in 2018 als Gesellschafter verringert sich die Gesellschafterumlage für die Stadt Gröditz auf 4.151 Euro.

Der Jahresabschluss 2017 der Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH endet mit einem Fehlbetrag in Höhe von 272,3 T€ (2016 = 258,8 T€). Den Gesellschaftern wird vorgeschlagen den Jahresverlust des Wirtschaftsjahres 2017 durch Entnahme aus der Kapitalrücklage auszugleichen.

Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Region Riesa. Dabei sieht sich die Gesellschaft mit rückläufigen Teilnehmerzahlen durch die demographische Entwicklung und sinkende Zuweisungen durch die Agentur für Arbeit konfrontiert. Dieser Trend wird sich fortsetzen, weshalb durch eine konzentrierte Ausrichtung auf den Standort Riesa und der damit verbundenen organisatorischen und baulichen Anpassung auf die Entwicklung reagiert wird.

Die Stadt Gröditz ist an dem Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH mit 5,26 % = 5.112,92 EUR (Stammkapital) beteiligt.

Der Jahresabschluss 2016/2017 (abweichendes Wirtschaftsjahr) der Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 202,0 T€ (2015/2016 = 297,8 T€) ab. Entsprechend der Ermächtigung der Gesellschafterversammlung wird der Jahresfehlbetrag durch Entnahme aus der Rücklage gemäß § 62 AO ausgeglichen.

Trinkwasserzweckverband Pfeifholz:

Der Zweckverband führt im Verbandsgebiet die Trinkwasserversorgung als hoheitliche Aufgabe aus.

Der Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“ erzielte im Wirtschaftsjahr 2017 einen Jahresgewinn von 96,1 T€ (2016 = 99,4 T€, 2015 = 122,2 T€). Der Verbandsvorsitzende schlägt vor, den Jahresgewinn in Höhe von 96.144 Euro der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung (KISA):

Der Gegenstand des Zweckverband ist, dass er seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung stellt.

Zwischen der KISA und der Stadt Gröditz bestehen IT-Verträge. Diese bestehenden Verträge werden über die Mitgliedspreise gemäß der Preisliste und der vertraglich vereinbarten Konditionen ordnungsgemäß abgerechnet.

Die wirtschaftliche Lage des Verbandes hat sich dank des Sanierungskonzeptes stabilisiert. Die KISA schließt das Wirtschaftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.498,1 T€ (2016 = 2.783,7 T€) ab. Der Überschuss wurde zur Deckung vorgetragener Fehlbeträge verwendet. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag konnte damit abgetragen werden. Für die kommenden Jahre plant die KISA mit Jahresüberschüssen, die jedoch wesentlich niedriger ausfallen sollen.

Zusammenfassung:

Die unmittelbaren städtischen Beteiligungen, insbesondere der Eigenbetrieb Abwasser Gröditz und die Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH mit einer städtischen Anteilsquote von hundert Prozent, nehmen somit im städtischen Haushalt in der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit eine bedeutende Rolle ein. Durch Anwendung der Eigenkapitalspiegelmethode führen die Gewinnvorträge durch den damit verbundenen Anstieg des Beteiligungswertes zu einer bilanziellen Zuschreibung. Allerdings sind dies keine zahlungswirksamen Erträge.

Sowohl aus den Lageberichten als auch den Prüfberichten zeichnen sich keine konkreten oder unmittelbaren Risiken ab. Natürlich stehen die Beteiligungen vor Anpassungen an die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, wie auch die Stadt Gröditz selbst. Allerdings reagieren die Beteiligungen individuell auf diese Veränderungen.

Differenzierte Betrachtungen sind in den Einzeldarstellungen der Beteiligungen zu finden.

3 Übersicht über die Finanzbeziehungen der Stadt zum Eigenbetrieb, zu den Unternehmen und Zweckverbänden

Name der Beteiligung	Stammeinlage			Verlustabdeckung u. Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt ¹⁾		Gewinnabführung an die Stadt Gröditz ²⁾		Bürgschaften/ Gewährleistungen ³⁾	gewährte Darlehen von Stadt ⁴⁾
	Gesamt	Anteil Stadt	Anteil Stadt	2016	2017	2016	2017	2017	2017
	in T€		in %	Brutto in T€		in T€			
Eigenbetrieb									
Eigenbetrieb Abwasser Gröditz	10,2	10,2	100	0	0	0	0	0	0
Unternehmen									
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH	255,6	255,6	100	0	0	0	0	1.437,8	0
KBO (Kommunale Beteiligungsgesellschaft)	20.144,2	884,4	4,40	0	0	498,8	483,9	0	0
Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH	38	0,55	1,45	4,4	4,2	0	0	0	0
Qualifizierungsgesellschaft Region Riesa GmbH	97,1	5,1	5,26	0	0	0	0	0	0
Zweckverbände									
Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“	4.667,8	2.683,6	57,9	0	0	0	0	0	0
KISA	0	0	0,22	5,9	3,0	0	0	0	0

- 1) Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse wie Mitgliederumlagen von der Stadt Gröditz an die Beteiligung
- 2) Gewinnabführungen und Dividendenzahlungen der Beteiligungen an die Stadt Gröditz
- 3) Von der Stadt Gröditz übernommene Bürgschaften und Gewährleistungen für zum Beispiel Kredite der Beteiligungen – angegeben wird der Restsaldo zum 31.12.
- 4) Von der Stadt Gröditz an die Beteiligungen ausgereichte Darlehen/Kredite/Ausleihungen – angegeben wird der Restsaldo zum 31.12.

4 Übersicht von Kennziffern zum Jahresabschluss der unmittelbaren kommunalen Beteiligungen

Unternehmen	Umsatz	Jahresüberschuss	Jahresfehlbetrag	Beschäftigte	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Anlagevermögen zur Bilanzsumme	Umlaufvermögen	Umlaufvermögen zur Bilanzsumme	Eigenkapital im weiteren Sinne	Eigenkapital zur Bilanzsumme	Verbindlichkeiten im weiteren Sinne	Verbindlichkeiten zur Bilanzsumme
Angaben in T€													
Eigenbetrieb Abwasser Gröditz	2.059,6	211	0	18	18.687,0	17.040,7	91,19%	1.105,3	5,91%	10.779,4	57,68%	3.054,8	16,35%
Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH	2.940,11	278,98	0	5	15.233,12	13.234,33	86,88%	1.988,64	13,05%	6.354,44	41,7%	8.497,54	55,8%
KBO (zum 31.08.2017)	48,59	13.332,83	0	2	46.992,96	33.119,10	70,48%	13.872,44	29,52%	46.979,03	99,97%	0	0,00%
Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH	77,1	0	-272,3	5	349,94	42,33	12,10%	304,67	87,06%	283,25	80,94%	12,89	3,68%
Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH (zum 31.07.17)	1.924,31	0	202,0	31	6.896,58	5.538,95	80,31%	1336,98	19,39%	4.681,11	67,88%	52,94	0,77%
Trinkwasserzweckverband Pfeifholz	1.393,11	96,14	0	10	5.080,47	3.077,84	60,58%	1.995,92	39,29%	4.763,95	93,77%	283,10	5,57%
KISA	16.567,78	2.498,05	0	91	6.178,15	1.342,08	21,72%	4.740,45	76,73%	908,57	14,71%	3.103,51	50,23%

5 Einzeldarstellung der Beteiligungen

5.1 Eigenbetrieb Abwasser Gröditz

Rechtliche Verhältnisse

Firma	Eigenbetrieb Abwasser Gröditz
Rechtsform	Kommunaler Eigenbetrieb der Stadt Gröditz
Gründung	Im Jahr 1993 mit Betriebsatzung vom 17. Mai 1993, gültig in der Fassung vom 24. Februar 2012
Sitz	Röderweg 10 01609 Gröditz
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Dauer	Der Eigenbetrieb ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
Gegenstand des Unternehmens	Abwasserbeseitigung und Betreibung des Bauhofes der Stadt Gröditz ohne Gewinnerzielungsabsicht
Stammkapital	10.225,84 EUR (20.000,00 DM)
Organe	Stadtrat; Betriebsausschuss; Bürgermeister; Betriebsleitung Die Betriebsleitung obliegt Herrn Heiko Brabetz, Gröditz
Steuerliche Verhältnisse	Der Eigenbetrieb erfüllt hoheitliche Aufgaben
Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres	keine

Auszug aus dem Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2017

1 Geschäftsverlauf

Der Eigenbetrieb Abwasser Gröditz („Eigenbetrieb“) wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 17. Mai 1993 gegründet. Er übernahm zum 1. Januar 1994 die kommunale Pflichtaufgabe der Abwasserbeseitigung für das Gebiet der Stadt Gröditz im Rahmen der Eigenbetriebssatzung sowie der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung der Stadt Gröditz. Ferner wurde dem Eigenbetrieb gemäß Vereinbarung vom 14. Juli 1998 die kanalgebundene Regenwasserbeseitigung (Trennsystem) übertragen.

Mit der Fertigstellung der Kläranlage und dem erfolgreichen Probebetrieb arbeitet seit August 1999 eine biologische Abwasserreinigungsanlage. In dieser werden neben dem Abwasser der Stadt Gröditz auch das Abwasser des Abwasserzweckverbandes „Röderaue“ gereinigt (seit November 2006 zusätzlich die Ortsteile Pulsen und Koselitz). Dadurch wurde der Wegfall der Gemeinde Präsen als Einleiter im Jahr 2005 kompensiert.

Das im Wirtschaftsplan festgestellte Finanzierungsdefizit wird über Jahresgewinne kontinuierlich abgebaut. Die Kreditaufnahmen werden dabei so gering wie möglich gehalten. Dadurch soll die Neuverschuldung des Eigenbetriebes minimal gehalten werden. Um Liquiditätsproblemen des Eigenbetriebes vorzubeugen, wurde für das Wirtschaftsjahr 2017 eine Kassenkreditermächtigung in Höhe von 400 T€ beim Landratsamt Meißen beantragt und genehmigt. Weitere Kreditermächtigungen in Höhe von 1.064,5 T€ betreffen die geplanten Kanalbaumaßnahmen.

Die Reinigung der Abwässer in der Kläranlage Gröditz erfolgt auf einem sehr guten Niveau. Durch die quartalsweise Herabklärung der Ablaufwerte gegenüber der Landesdirektion Dresden konnte die Abwasserabgabe erneut deutlich gesenkt werden.

Zum 01.07.2011 wurde der Bauhof der Stadt Gröditz dem Eigenbetrieb als zweite Sparte neben der Abwasserbeseitigung zugeordnet. Der Wirtschaftsplan wurde um diesen Teil erweitert. Ziel der Führung des Bauhofes innerhalb des Eigenbetriebes ist eine transparente Darstellung der Kosten. Es sollen Schwachstellen aufgezeigt, Reserven erschlossen und Synergieeffekte mit dem Abwasserbereich genutzt werden. Die Anlagen des Bauhofes wurden in den Eigenbetrieb eingebracht. Aus gebührenrechtlichen Gründen werden die Bereiche Abwasser und Bauhof kosten- und erlösseitig streng getrennt. Hinsichtlich der Integration des Bauhofes in den Eigenbetrieb lässt sich feststellen, dass Kosteneinsparungen nicht in überdimensionalen Größenordnungen eintreten, jedoch konnten durch gemeinsame Nutzung von Technik und der Einrichtung einer gemeinsamen Rufbereitschaft Synergieeffekte genutzt werden.

Mittelfristig sollen Ersatzinvestitionen bei der Technik so angelegt werden, dass Abschreibungen und Betriebskosten gesenkt werden.

2 Änderungen im Bestand der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte

Im Berichtsjahr 2017 wurden keine Grundstücke erworben. Die Abwasserdruckleitung zwischen Nauwalde und Gröditz wurde verlegt. Die Eintragungen der Grunddienstbarkeiten sowie die Zahlungen der Entschädigungen werden momentan umgesetzt.

3 Änderungen im Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Im Berichtszeitraum wurde als wesentliche Investition die Kanalbaumaßnahme Nauwalde fortgesetzt.

Der Anschlussgrad der Abnehmer am bestehenden Netz beträgt ca. 98 %. Mit ca. 17.000 angeschlossenen Einwohnerequivalenten und einer projektierten Leistung von 20.000 Einwohnerequivalenten ist eine Auslastung der Kläranlage von 85 % erreicht.

Die Investitionen im Bauhofbereich beschränkten sich auf Ersatzbeschaffungen defekter Kleingeräte sowie Rasenmähtechnik.

4 Stand der Anlagen im Bau und geplante Bauvorhaben

In der Bilanzposition „Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“ wurden zum 01.01.2017 986,7 T€ ausgewiesen. Nach Zugängen in Höhe von 906,1 T€, stehen am Jahresende 2017 „Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“ in Höhe von 1.892,8 T€.

Zusammensetzung:

Schmutzwasserkanal	1.353,3 T€
Dach Verwaltungsgebäude Bauhof	0,6 T€
Straßenentwässerung	300,4 T€
Abwasserdruckleitung	141,1 T€
SW-Pumpwerk Nauwalde	77,2 T€
SWK & Straßenentwässerung Neue Kolonie	20,2 T€

5 Entwicklung des Eigenkapitals und der Sonderposten

Das Eigenkapital des Eigenbetriebes Abwasser Gröditz veränderte sich von Bilanzstichtag 2015 zu 2016 wie folgt:

	Stand <u>31.12.2017</u> in T€	Stand <u>31.12.2016</u> in T€	Stand <u>31.12.2015</u> in T€
Gezeichnetes Kapital	10,2	10,2	10,2
Rücklagen:			
Allgemeine Rücklagen	9.020,1	9.020,1	9.013,3
Gewinnrücklagen	85,8	85,8	85,8
Gewinnvortrag	1.452,4	1.210,6	1.031,2
Jahresüberschuss	<u>210,9</u>	<u>241,8</u>	<u>179,3</u>
	<u>10.779,4</u>	<u>10.568,5</u>	<u>10.319,8</u>

6 Entwicklung der Erlöse und Erträge

6.1 Erlöse Abwasser

	2015	2015	2016	2016	2017	2017
	Menge	T€	Menge	T€	Menge	T€
Abwasserbeseitigung	447,1 m ³	964,1	492,2 m ³	985,9	504,5 m ³	973,7
Niederschlagswasser	93,4 m ²	96,2	91,4 m ²	93,0	91,3 m ²	94,1
Entleerung KKA		0		16,1		3,9
Kostenüberdeckung Abwasser		0		40,0		-10,0
Nebenleistungen		162		165,8		173,9
Summe Erlöse Abwasser		1.222,3		1.300,8		1.235,6
Auflösung Zuschuss Dritter		16,2		16,3		16,2
Auflösung Beiträge		0,0		0,0		0,0
Sonstige Erträge		158,6		102,9		100,5
Summe Erträge Abwasser		174,8		119,1		116,6
Gesamt		1.397,1		1.419,9		1.352,3

Die Umsatzerlöse der Jahresverbrauchsabrechnung (JVA) sind die Haupte Erlöse aus der Entsorgung des Abwassers. Diese setzen sich zusammen aus eingeleitetem Abwasser (755,2 T€) und den Erlösen von fremden Kommunen (218,5 T€). Im Jahr 2017 gab es nur noch einen Sondervertragskunden.

6.2 Erlöse Bauhof

	2017	2016	2015
	in T€		
Umsatz Bauhof	800,8	763,6	770,5
Umsatz Hausmeister	0,0	0,0	0,0
Umsatz Friedhof	1,5	1,5	1,6
Sonstiger Umsatz	5,5	6,1	0,8
Bauhof Erlöse	807,8	771,3	772,9
Sonstige Erträge	19,9	16,1	28,2
Gesamt	827,7	787,4	801,1

Die Erlöse resultieren aus den Leistungen des Bauhofes für die Stadt Gröditz, wie beispielsweise Grünanlagenpflege, Hausmeisterdienste, Leistungen Friedhof, Straßenreinigung, Winterdienst etc. Sie entsprechen den Selbstkosten.

7 Personalaufwand

	2017	2016	2015	2014
	in T€			
Lohn / Gehalt	729,6	711,9	727,9	693,5
Soziale Abgaben	167,0	160,8	177,4	182,0
	<u>896,6</u>	<u>872,7</u>	<u>905,3</u>	<u>875,5</u>

Im Bereich Abwasser sind per 31.12.17 6 Vollzeit-Mitarbeiter beschäftigt.

Im Bauhof arbeiten per 31.12.15 11 Vollzeit-Mitarbeiter, 1 Arbeitskraft 75 % sowie 2 geringfügig Beschäftigte.

8 Finanzbeziehungen mit der Stadt Gröditz gemäß § 20 SächsEigBVO

Der EAG wird als Sondervermögen der Stadt Gröditz geführt. Finanzbeziehungen mit der Stadt im Sinne von gegenseitigen Krediten bestanden in 2017 nicht.

Der Stadtrat entscheidet über die Verwendung des Jahresgewinnes und die Behandlung des Jahresverlustes. Eigenkapitalentnahmen erfolgten im Wirtschaftsjahr nicht.

In 2017 erhielt der EAG Fördermittel und Zuschüsse für die Beratungsleistungen bei der Errichtung dezentraler Abwasseranlagen in den Ortsteilen Nieska, Schweinfurth und Spansberg. Gleichzeitig erfolgte die Abrechnung des Straßenentwässerungskostenanteils der Stadt in Höhe von 152,5 T€ für das Jahr 2017.

9 Ausblick bzw. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

9.1 Sparte Abwasser

Die Zusammenarbeit der Betriebsleitung mit dem kaufmännischen Betriebsführer wurde weiterhin intensiv gepflegt. Es werden regelmäßige Besprechungen durchgeführt, um einen Informationsaustausch zu gewährleisten. Dies ist nach Auffassung beider Parteien unerlässlich. Ein Zugriff auf verschiedene ausgewählte Daten beim kaufmännischen Betriebsführer ist von Gröditz aus möglich. Die Eingangserfassung von Rechnungen erfolgt seit 2005 über die EDV von Gröditz aus.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 wurde im Stadtrat der Stadt Gröditz am 19.12.2017 beschlossen. Die gemeinsamen Planansätze zwischen Stadt und Eigenbetrieb deckten sich spiegelbildlich.

Das langfristige Ziel ist, in den kommenden Jahren ausgeglichene Ergebnisse zu erzielen, um im Finanzplan die Finanzierungen für die anstehenden Investitionen und für die Tilgungen der Kredite langfristig zu sichern.

Die Abwassersatzung nach dem SächsKAG 2004 wurde nach Ablauf des Kalkulationszeitraumes am 15.12.2015 rückwirkend zum 01.01.2015 vom Stadtrat beschlossen. Folgende Beitrags- und Gebührensätze wurden beschlossen:

SW-Beitrag 1,02 €/m²

SW-Gebühr 3,17 €/m³

RW-Gebühr 1,03 €/m²

Die Beitrags- und Gebührensätze im Schmutzwasserbereich werden von der Betriebsleitung als unkritisch eingeschätzt. Dennoch zeichnet sich durch die Kostenentwicklungen eine Gebührenerhöhung für die kommende Kalkulationsperiode ab. Kritisch bleibt der Bereich des Niederschlagswassers. Durch neue Kostengliederungen konnte der Gebührensatz für die nächsten 5 Jahre zwar annähernd konstant gehalten werden, jedoch muss bei weiteren legalen Umgehungen des Regenwassernetzes mit Erhöhungen des Gebührensatzes gerechnet werden. Grundsätzlich sollten künftig die Investitionstätigkeiten soweit gesenkt werden, dass das Anlagevermögen durch die Abschreibungen gesenkt werden kann und sich somit auch die kalkulatorischen Kosten aus der Verzinsung verringern. Dies sollte mittel- und langfristig zur Stabilisierung des Gebühreenniveaus beitragen.

Problematisch bleibt weiterhin die stetige Kostenunterdeckung, die aus den nicht durchsetzbaren kostendeckenden Einleitentgelten gegenüber Fremdeinleitern resultiert. Dennoch tragen die Erlöse aus diesem Bereich zur Deckung von Fixkosten bei, die ansonsten alleine durch den Gröditzer Gebührenzahler getragen werden müssten.

Die Investitionen für die Folgejahre wurden entsprechend der Finanzlage des Eigenbetriebes eingeordnet und geplant.

Hierbei sind insbesondere die Investitionen im ehemaligen Gemeindegebiet Nauwalde zu nennen. Hier wurde in 2014 und 2015 die technische Kanalplanung realisiert. Seit März 2016 wurde mit den Baumaßnahmen begonnen. Probleme bei der Grundwasserabsenkung führten zu erheblichen Schwierigkeiten bei der Bauausführung, die in einem etwa 2-monatigen Baustillstand gipfelten. Bis Mai 2018 konnten die Differenzstandpunkte zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer nicht beseitigt werden. Dennoch wurde seitens des Eigenbetriebes immer auf eine zügige Baufortsetzung gedrängt. Durch die Probleme bei der Grundwasserabsenkung und anderen Faktoren ist die rechtzeitige Fertigstellung der Baumaßnahme zum 30.11.2017 gescheitert. Die Anträge auf Verlängerung der Umsetzungsfristen sind an die untere Wasserbehörde und die SAB gestellt worden.

Die Vollstreckung offener Forderungen wurde weiterhin verbessert. Durch regelmäßige Beratungen mit der Vollstreckungsbediensteten wurde ein gezieltes Vorgehen abgesichert.

Weitere Risiken im Sinne des § 289 Abs. 1 HGB, auf die gesondert hinzuweisen wäre, liegen nicht vor.

9.2 Sparte Bauhof

Zum 01.07.2011 wurde der städtische Bauhof an den Eigenbetrieb Abwasser angegliedert. Die Abrechnung des Bauhofes im Halbjahr 07/11 bis 12/11 wurde auf der Grundlage der tatsächlich angefallenen Kosten durchgeführt. Zum 01.01.2012 wurde eine Kalkulation erstellt und die ermittelten Stundenverrechnungssätze in einer Vereinbarung mit der Stadt festgehalten. Bei der Kalkulation wurde auf bisherige Planansätze und Erfahrungen aus dem ersten Halbjahr abgestellt. Korrekturen der Verrechnungssätze sind lt. der Vereinbarung bei Bedarf ausdrücklich zulässig. So sollen Kostenunter- und Kostenüberdeckungen vermieden und für beide Seiten Planungssicherheit geschaffen werden. Die Überarbeitung der Kalkulation erfolgt auf der Grundlage der aktuellen Jahresabschlüsse und den darin ermittelten Ist-Kosten.

Die Erfassung der erbrachten Leistungen erfolgt wöchentlich. Damit werden Abweichungen zu den Planansätzen zeitnah erkannt. Trotz der geänderten Betriebsform des Bauhofes sind Kosteneinsparungen in deutlichen Größenordnungen jedoch nicht zu erwarten. Die Personalkosten machen den größten Teil der Gesamtkosten aus und sind nicht wesentlich zu beeinflussen. Gleiches gilt für Abschreibungen, Steuern und untergeordnete Nebenkosten (Telefon, Porto etc.). Daher wurde ein besonderes Augenmerk auf den effektiven Einsatz des Personals und der vorhandenen Technik gelegt. Es wurden gezielte Veränderungen im Wochenablauf eingeführt und damit höhere Arbeitszeitauslastungen erzielt.

Mit der Eingliederung der Gemeinde Nauwalde in die Stadt Gröditz zum 01.01.2013 erweiterte sich auch das Aufgabengebiet des Bauhofes erheblich. Der Gemeindearbeiter sowie ein überschaubarer Technikpark wurden in den Bestand des Gröditzer Bauhofes übernommen. Bereits nach wenigen Wochen zeigte sich, dass mit der vorhandenen Großtechnik aus Gröditz sehr effektiv auf dem ehemaligen Gemeindegebiet gearbeitet werden kann. Das Pflegeniveau auf den öffentlichen Flächen in Gröditz wird als sehr gut eingeschätzt.

Der Altersdurchschnitt des Personals im Bauhof ist äußerst hoch. Neun Mitarbeiter sind älter als 55 Jahre. Hinsichtlich möglicher Krankheitsausfälle stellt dieser Altersdurchschnitt ein gewisses Risiko für die Wirtschaftlichkeit des Bauhofes dar. Das erhöhte Ausfallrisiko wird bei der Planung von Pflichtaufgaben (z.B. Winterdienst) ebenfalls immer berücksichtigt und versucht zu bewerten.

Der Hausmeister der Oberschule musste seine Tätigkeit Anfang 2018 krankheitsbedingt auf unbestimmte Zeit niederlegen. Eine zeitnahe Wiederbesetzung der Stelle ist vorgesehen. Ende 2018 scheidet ein weiterer Mitarbeiter des Bauhofes turnusmäßig aus. Auch hier ist eine Neubesetzung der Stelle vorgesehen.

10 Risikobericht

Es bestehen Risiken im Sparverhalten der Bürger sowie dem demographischen Bevölkerungsrückgang. Ein Kostenrisiko besteht bei der Kanalbaumaßnahme Nauwalde. Da das Baugrundrisiko stets beim Bauherren liegt, muss ständig mit Nachträgen gerechnet werden. Insbesondere die schwierigen Grundwasserverhältnisse stellen ein permanentes Risiko dar.

11 Nachtragsbericht

Wesentliche Sachverhalte nach dem Bilanzstichtag über welche zu berichten wäre, liegen nicht vor.

Gröditz, den 31.05.2018

Heiko Brabetz
Leiter des Eigenbetriebes Abwasser Gröditz

6 Einzeldarstellung der Unternehmen in privater Rechtsform

6.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Gröditz mbH

Rechtliche Verhältnisse

Firma	Kommunale Wohnungsgesellschaft Gröditz mbH
Gründung	4. Mai 1995
Sitz	Gröditz
Handelsregistereintragung	Amtsgericht Dresden, HRB 12163 am 18.09.1995
Gesellschaftsvertrag	Es gilt die in der Gesellschafterversammlung am 4.Mai 1995, zuletzt am 18. Januar 2018 geänderte, beschlossene Fassung.
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Gegenstand des Unternehmens	<p>Zweck der Gesellschaft ist es, im Rahmen ihrer komm. Aufgabenstellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, • vorrangig eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicherzustellen, • die kommunale Siedlungspolitik und Maßnahmen der Infrastruktur zu unterstützen, • städtebauliche Entwicklungs- und Sicherungsmaßnahmen durchführen zu lassen. <p>Soweit es zur Erfüllung der vorgenannten Zwecke erforderlich ist, kann die Gesellschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, Eigenheimen und Eigentumswohnungen errichten lassen, betreuen, bewirtschaften und verwalten, • Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. <p>Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und verpachten, ferner Unternehmens-, Zusammenarbeits- und Interessensgemeinschaften abschließen. Beteiligungen dürfen nur gemäß § 96 Absatz 2 Nummer 9 Sächsische Gemeindeordnung unterhalten werden.</p>
Stammkapital	255.645,94 EUR (500.000 DM)
Gesellschafter	Stadt Gröditz (100 %)

Auszug aus dem Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2017

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen; gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie Branchenentwicklung

Wohnungen sind ein wichtiges Gut für jeden Menschen. Hier fühlt er sich geborgen, hier verbringt er einen großen Teil seines Lebens. Daher tragen Vermieter zuallererst für Ausstattung, den Erhalt und die Weiterentwicklung des eigenen Wohnungsbestandes eine besondere Verantwortung.

Aber auch die Bereitstellung von angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten ist Grundlage und Unternehmenszweck der kommunalen Wohnungsunternehmen. Dennoch verschärft sich die Lage an Mitteldeutschlands Wohnungsmärkten. Die Politik verschlechtert die Rahmenbedingungen für eine sinnvolle Wohnraumversorgung. Ein Hauptkritikpunkt stellt sich für die zunehmende und kostentreibende Regulierung von Brandschutzthemen, Datenschutzverordnungen bis hin zu energetischen Maßnahmen dar. Hinzu kommt die völlige Überforderung der Verwaltungen in den Wachstumsstädten. Im Ergebnis steigen die Kosten des Wohnens und damit die Mieten.

Symbolpolitik wird ebenso mit der Förderung des sozialen Wohnungsneubaus betrieben. Was gut klingt, stellt sich bei genauen Hinsehen als nicht bedarfsgerecht heraus. Die tatsächliche Notwendigkeit kann nicht stichhaltig unterlegt werden.

Förderkonditionen – hauptsächlich mangelnde Wirtschaftlichkeit nach Auslauf der Belegungsbindung, bürokratischer Aufwand und die Bedingungen für die Förderung – schrecken selbst die wenigen Interessenten ab. Die Bevorzugung der Städte lässt das Land weiter ausbluten.

2. Unternehmensstruktur und Geschäftsumfang

Mit der rückblickenden Betrachtung des Geschäftsverlaufes im Geschäftsjahr 2017 lässt sich die insgesamt positive Entwicklung des Unternehmens im Hinblick auf die Bestandsentwicklung der Gesellschaft, die immer auf der wirtschaftlichen Stabilität basierte, feststellen.

Nachstehende Vorhaben sind innerhalb des Bestandsbewirtschaftung im Verlauf des Jahres 2017 umgesetzt worden:

- Eingangsbereich Mozartallee 1-11 (Verlegung von Betonpflaster)
- Wohngebiet Wainsdorfer Straße (Kleinkinderspielplatz errichtet)
- Ludwig-van-Beethoven-Straße 2 (Erneuerung Hauslichtkasten)

Das Sanieren und Modernisieren unserer Bestände hat weiterhin oberste Priorität, um unseren Wohnungsbestand zukunftsfähig zu erhalten. Die positive Einschätzung des Unternehmensverlaufes im Rating der begleiteten Banken ist eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Wohnquartiere.

Das Unternehmen bewirtschaftet ganzjährig 846 eigene Wohnungen und eine Gewerbeeinheit. Für Dritte verwaltete das Unternehmen insgesamt 83 Einheiten. Die geplanten Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in und um unsere Wohngebäude wurden entsprechend des Wirtschaftsplanes realisiert.

3. Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung (Sollmieten der Wohnungen) konnten um ca. 54 T€ gesteigert werden:

	2017 in T€	2016 in T€	2015 in T€	2014 in T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.917	2.855	2.799	2.863
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	23	20	20	20
	<u>2.940</u>	<u>2.875</u>	<u>2.819</u>	<u>2.883</u>

Der durchschnittliche Leerstand betrug im Berichtsjahr 15,9 Prozent (2016=16,4%; 2015=17,6%) und ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozentpunkte gesunken. Der aktuelle Leerstand per 31.03.2018 beträgt 17,7 Prozent (31.03.2017 = 15,2 Prozent). Die Nachfrage nach seniorengerechten 2-Raumwohnungen hält weiterhin an.

4. Investitionen und laufende Instandhaltungen

Investitionen im Wohnungsbestand, wie Sanierungsmaßnahmen oder Modernisierungen wurden in 2017 in Höhe von circa 21 T€ getätigt. Für Instandhaltungsmaßnahmen wurden im Berichtsjahr rund 434 T€ aufgewendet. Alle im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen sind aus eigenen Mitteln finanziert worden.

5. Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 279 T€ (2016 = 284 T€, 2015 = 157 T€) ab.

6. Finanzlage

Das Geschäftsjahr 2017 stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2017 in T€	2016 in T€	2015 in T€	2014 in T€
Jahresergebnis vor Ergebnisverwendung	279	284	157	./ 4.291
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	632	687	553	634
Cashflow aus Investitionstätigkeit	./ 21	208	./ 66	./ 110
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	./ 648	./ 694	./ 581	./ 566

7. Vermögenslage

Das Gesamtvermögen besteht zu 86,9 % (Vj: 87,6%) aus langfristig gebundenem Vermögen. Die Kapitalstruktur ist durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital von 86,6 Prozent geprägt.

Darlehen wurden auch in 2017 planmäßig getilgt. Außerplanmäßige Tilgungen bzw. Sondertilgungen wurden nicht vorgenommen. Der Stand der Bankdarlehen betrug zum Stichtag 31. Dezember 2017 insgesamt 7.280 T€ (Vj.: 7.929 T€).

Die Liquidität ist langfristig gesichert und kann zusätzlich stabilisiert werden.

8. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage des Unternehmens ist und wird auch zukünftig von der demografischen Entwicklung in Gröditz geprägt. Dazu zählen der weitere Bevölkerungsrückgang, eine veränderte Altersstruktur und einkommensschwache Einwohnerschichten.

Nachstehende Vorhaben sind innerhalb der Bestandsbewirtschaftung im Verlauf des Jahres 2018 geplant:

- Eingangsbereich Ludwig-van-Beethoven-Straße (Verlegung von Betonpflaster)
- Boilerwechsel Heizungsanlage R.-Schumann-Straße 3-4
- Erneuerung Hauslichtkästen (Ludwig-van-Beethoven-Straße 1-4 / 5-8 / 9-14)
- Spielplatz Rathausstraße / Schulstraße erneuern
- Erneuerung Müllstandplätze Wohngebiet I und II

Eine weitere Chance für den Wohnungsbestand ist eine geordnete Eingliederung und Integration von Asylbewerbern. Das Landratsamt Meißen hat bekundet, dass der Standort Gröditz erhalten bleiben soll und hat die bestehenden Mietverträge unbefristet verlängert.

Die Gesellschaft arbeitet ständig daran, den Wohnstandort Gröditz attraktiv und bezahlbar zu gestalten.

Forderungsausfälle

Am Bilanzstichtag 31.12.2017 standen Mietforderungen in Höhe von circa 21 T€ (2016 = 29 T€) zu Buche. Abgeschlossene Ratenzahlungsvereinbarungen werden in der Regel von den entsprechenden Mietern bedient.

Entwicklung der Nebenkosten:

Die Betriebskosten sind in den letzten Jahren angestiegen. Um größere Nachzahlungen zu verhindern, werden jährlich nach der Betriebskostenabrechnung die Vorauszahlungen für Betriebskosten angepasst.

Risiken, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder deren Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten, werden derzeit nicht gesehen.

9. Prognosebericht

Durch den weiteren Anstieg der Nebenkosten wird die Anpassung der Grundmiete eingeschränkt. Ein großer Teil der Mieter bezieht Arbeitslosengeld II. Die Mieten werden von den Sozialämtern nach den jeweiligen Richtlinien der Kosten für die Unterkunft (KdU) bezahlt. Das schränkt aber auch Modernisierungen und wertverbessernde Maßnahmen ein.

Im Mittelpunkt der Weiterentwicklung des Unternehmens steht auch weiterhin unverändert als übereinstimmende Zielsetzung aller Beteiligten die konsequente Verbesserung der Zukunftsfähigkeit des Wohnungsbestandes. Der Wohnungsbestand des Unternehmens ist vielfältig und bezahlbar.

Die Entwicklung der Liquidität sowie der Darlehensstände wird auch weiterhin durch ein zeitnahes Controlling-system überwacht und dokumentiert.

Gröditz, im April 2018

Petra Hönicke

Geschäftsführerin

6.2 KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost (ENSO)

Rechtliche Verhältnisse

Allgemeine Angaben

Firma	KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost, Sebnitz	
Sitz	Kirchstraße 5, 01855 Sebnitz	
Geschäftsadresse	Dresdner Straße 48 01844 Neustadt in Sachsen Telefon (0 35 96) 56 12 40 Telefax (0 35 96) 56 12 41 kbo@kbo-online.de	
Gründung	Die Gesellschaft wurde am 08. September 1995 unter der Firma "Kommunale Beteiligungsgesellschaft an der Energieversorgung Sachsen Ost mbH" (kurz: KBO) gegründet. Die Gesellschaft wurde am 12. März 1996 unter der HRB-Nr. 12833 am Amtsgericht Dresden eingetragen. Die Gesellschaft wurde in der Gesellschafterversammlung am 18. November 2008 in „KBO Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost“ umfirmiert. Die Eintragung am Amtsgericht Dresden erfolgte am 3. Dezember 2008.	
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens ist das Halten und Verwalten von Beteiligungen, insbesondere an der ENSO Energie Sachsen Ost AG, und die Wahrnehmung aller Rechte und Pflichten, die sich aus der Beteiligung an dieser Gesellschaft ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und aktienrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Gesellschafter. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben, 1. in der Hauptversammlung der ENSO AG und – soweit gesetzlich zulässig – in deren Aufsichtsrat die Interessen ihrer Gesellschafter bestmöglich zu vertreten; dies betrifft insbesondere das Interesse der Gesellschafter an einer möglichst hohen und nachhaltigen Ausschüttung von Dividenden; 2. in Angelegenheiten des gemeinsamen Interesses der Gesellschafter tätig zu werden; 3. die Interessen des Gesellschaftergesamtheit in allen Fragen der Versorgung gegenüber der Enso AG, den staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten; 4. die Gesellschaftergesamtheit und im Ausnahmefall auch Dritte in allen Fragen der Versorgung zu beraten.	
Rechtsform	GmbH	
Stammkapital	20.144.184 Euro	
Geschäftsführung	Katrin Fischer (einzelvertretungsberechtigt)	
Mitarbeiter	Geschäftsführerin und 1 Angestellte	
Aufsichtsrat	Mike Ruckh, Frank Schöning, Lothar Herklotz, Gerd Barthold, Karin Berndt, Heiko Driesnack, Jörg Mildner, Gisela Pallas, Frank Peuker, Jochen Reinicke, Willem Riecke, Michael Schulze, Kerstin Ternes;	Aufsichtsratsvorsitzender, Oberbürgermeister Sebnitz 1. Stellvertreter, Bürgermeister Gemeinde Kreischa 2. Stellvertreter, Bürgermeister Gemeinde Röderau Bürgermeisterin Gemeinde Nünchritz Bürgermeisterin Stadt Seiffhennersdorf Bürgermeister Stadt Königsbrück Bürgermeister Gemeinde Lohmen Bürgermeister Gemeinde Demitz-Thumitz Bürgermeister Gemeinde Großschönau Bürgermeister Stadt Gröditz Bürgermeister Stadt Herrnhut Bürgermeister Gemeinde Doberschau-Gaußig Bürgermeisterin Stadt Großröhrsdorf
Gesellschafter	149	
Treugeber	5	
Gremien	Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat	

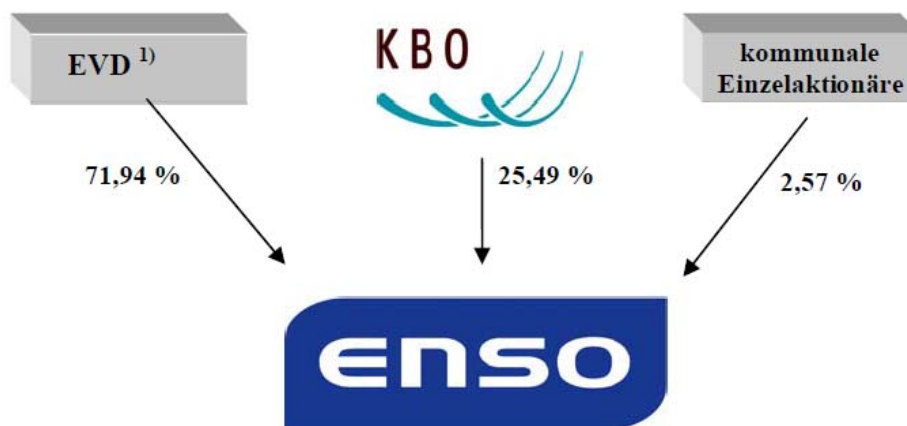
Auszug aus dem Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2017

1 Geschäftsmodell des Unternehmens

Die KBO hält eine Beteiligung in Höhe von 25,49 % an der ENSO Energie Sachsen Ost AG (ENSO AG) und nimmt alle sich aus dieser Beteiligung ergebenden Rechte und Pflichten wahr. Die KBO besitzt 523.307 Aktien an der ENSO AG. Davon werden 6.087 Aktien von der KBO treuhänderisch für 5 Kommunen verwaltet.

An der KBO sind 149 Gesellschafter beteiligt. Das Stammkapital beträgt 20.144.184 Euro. Die KBO hält eigene Anteile von 42.950 Euro. Das Stammkapital der ENSO Energie Sachsen Ost AG beträgt 105.221.170 Euro, dem 2.053.096 Aktien gegenüberstehen.

Aktionärsstruktur der ENSO AG zum 31.08.2017



1) EVD – Energie Verbund Dresden GmbH

2 Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das energiepolitische Umfeld im Geschäftsjahr 2016 wurde im Wesentlichen durch die weitere Gestaltung der Energiewende in Form von zahlreichen neuen Gesetzen geprägt. Hervorzuheben sind vor allem das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende sowie die novellierte Anreizregelungsverordnung für Strom- und Gasnetze verbunden mit dem Verfahren zur Festlegung der Eigenkapitalverzinsung.

Das branchenbezogene Umfeld war von einem intensiven Wettbewerb im Strom- und Gasendkundenmarkt gekennzeichnet. Während bei den Börsenstrompreisen ein leichter Aufwärtstrend zu verzeichnen war, hielt der Abwärtstrend bei den Gaspreisen weiter an.

Die ENSO beteiligt sich an ausgewählten perspektivreichen Projekten, aus denen Ansätze für neue Dienstleistungen, Effizienzverbesserungen oder eine noch bessere Servicequalität hervorgehen können. Die Projekterfahrungen aus dem Bereich der Elektromobilität werden im EVD-Verbund in einem gemeinsamen Kompetenzzentrum gebündelt.

3 Geschäftsverlauf der ENSO Energie Sachsen Ost AG im Jahr 2017

Die ENSO kann für das Geschäftsjahr 2016 eine positive Bilanz vorweisen. Der Jahresüberschuss betrug in 2016 insgesamt 54,2 Mio. Euro (Vj. 69,3 Mio. Euro). Im Vorjahr war das Jahresergebnis durch einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von 15 Mio. Euro geprägt, der durch die Übertragung von Vermögen (Grundstücke und Gebäude) von der ENSO AG an die ENSO Netz entstanden ist. Gegenüber der Planung für 2016 verbesserte sich das Ergebnis um 8,4 %.

Die Umsatzerlöse von insgesamt 972 Mio. Euro der ENSO waren im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig. Ursächlich dafür ist ein gesunkener Gasabsatz, insbesondere durch geringere Lieferungen im Rahmen der Portfoliooptimierung sowie weniger Lieferungen an Weiterverteiler. Dem stehen auch korrespondierend geringere Materialaufwendungen gegenüber. Insgesamt betrug der Materialaufwand 806 Mio. Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 31 Mio. Euro und sind im Vergleich zum Vorjahr um 5 Mio. Euro gesunken. Insbesondere konnten die Mietaufwendungen gesenkt werden, da im Jahr 2016 der Verwaltungssitz City Center eigentumsrechtlich erworben wurde.

Das Finanzergebnis ist mit 1 Mio. Euro negativ (Vj. -5 Mio. Euro). Ergebnisverbessernd gegenüber dem Vorjahr waren der niedrigere Zinsaufwand infolge geringerer Rückstellungszuführungen sowie gestiegene Erträge aus Wertpapierverkauf. Die Übernahme des Verlustes der ENSO NETZ aufgrund der Verlustausgleichsverpflichtung aus dem Ergebnisabführungsvertrag wirkt sich mit -10 Mio. Euro negativ auf das Jahresergebnis aus.

Das Investitionsvolumen der ENSO betrug im Jahr 2016 80 Mio. Euro. Schwerpunkt bildeten dabei die Investitionen von 55 Mio. Euro in die Erneuerung der Stromverteilungsanlagen, der Ausbau der Erdgasbezugs- und Verteilungsanlagen sowie die Informationstechnik. Weiterhin hat die ENSO zum 01.03.2016 einen 36,67 %-Anteil an dem Gebäude City Center in Höhe von 17 Mio. Euro erworben. Die Investitionen wurden überwiegend fremdfinanziert.

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2016 jederzeit gesichert. Die ENSO war auch im Jahr 2016 ein wichtiger Arbeitgeber in Ostsachsen. Im Jahresdurchschnitt waren 420 MitarbeiterInnen in der ENSO AG sowie 836 Mitarbeiter/innen in der Netzgesellschaft beschäftigt.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden die Organisationsstrukturen von ENSO und Drewag weiter harmonisiert und damit die operative Zusammenarbeit innerhalb des EnergieVerbundes Dresden intensiviert. Ziel dieser Maßnahmen ist, die in den Vorjahren begonnene Kooperation innerhalb der EVD weiter zu vertiefen und nachhaltig Synergien zu generieren.

Das Energieverbraucherportal hat der ENSO für das Jahr 2016 das TOP-Lokalversorger-Siegel in den Sparten Strom und Gas verliehen. Vom TÜV SÜD erhielt die ENSO das Prüfsiegel Kundenzufriedenheit.

4 Wirtschaftliche Lage der KBO im Geschäftsjahr 2016/2017

a) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016/2017 hat die KBO einen Jahresüberschuss in Höhe von 13.332,83 T€ erzielt. Das Ergebnis wird maßgeblich von den Beteiligungserträgen aus der Dividende der ENSO AG bestimmt. Mit Beschluss der Hauptversammlung der ENSO AG am 21.06.2017 erfolgte die Ausschüttung der Dividende für das Geschäftsjahr 2016. Die KBO erhielt entsprechend ihrer Beteiligungsquote in Höhe von 25,49 % eine Dividendenzahlung von 13.659,78 T€. Dies entspricht einer Dividende von 26,41 Euro je Aktie (Plan 25,80 Euro je Aktie).

Aufgrund der im Dezember 2013 mit der Stadt Neustadt in Sachsen abgeschlossenen Vereinbarung wurde ein sich aus der von der KBO zu zahlenden Gewerbesteuer ergebende Nettobetrag in Höhe von 9,2 T€ als Ertrag für die KBO verbucht.

Im Aufwandsbereich sind als die größten Kostenpositionen Personalkosten in Höhe von 60,6 T€, Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 101,3 T€ sowie Sitzungsgelder in Höhe von 36,5 T€ hervorzuheben. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entstanden in Höhe von 159,2 T€. Aufgrund der im Vergleich zur Planung höheren Beteiligungserträge konnten die im Vergleich zur Planung höheren Aufwendungen, insbesondere bei den Rechts- und Beratungskosten, kompensiert werden.

Der Plan-Ist-Vergleich für das Berichtsjahr 2016/2017 weist folgende Werte aus:

	Plan in T€	Ist in T€	Abweichungen in T€
Einnahmen	13.403,0	13.720,4	317,4
davon Beteiligungserträge	13.344,3	13.659,8	315,6
Ausgaben	355,5	387,6	32,1
Jahresergebnis	13.047,5	13.332,8	285,3

Die Geschäftsführung schlägt nach dem vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016/2017 eine Dividendenausschüttung in Höhe von 13.050,2 T€ vor. Dies entspricht der geplanten Dividende je Geschäftsanteil von 0,65 Euro (Vorjahr 0,67 Euro).

b) Finanzlage

Die für das Geschäftsjahr 2016/2017 erstellte Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Als Saldo der Kapitalflussrechnung ergibt sich die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

	GJ 2015/2016	GJ 2015/2016	GJ 2014/2015
	in T€		
Mittelzu-/abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+13.191	+13.303	+13.394
Mittelzu-/abfluss aus Investitionstätigkeit	2	0	-1
Mittelzu-/abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-13.452	-13.452	-13.452
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-263	-149	-59
Finanzmittelbestand am 31.08.	13.851	14.114	14.263

Die Kennzahlen zur Liquidität haben sich in den letzten 4 Jahren wie folgt entwickelt:

	GJ 2016/2017	GJ 2015/2016	GJ 2014/2015	GJ 2013/2014	GJ 2012/2013
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	keine	keine
Kurzfristige Liquidität	k.A.	10502%	10537%	10647%	10634%

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der KBO beträgt 46.992,96 T€ Das Anlagevermögen in Höhe von 33.119,1 T€ besteht im Wesentlichen aus Finanzanlagen (Beteiligung an der ENSO).

Das Umlaufvermögen in Höhe von 13.872,4 T€ besteht im Wesentlichen aus Geldanlagen und Guthaben bei Banken. Das Eigenkapital beträgt 46.979 T€. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 99,97 %.

5 Finanzielle Leistungsindikatoren

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren der letzten 5 Jahre zusammengefasst:

	GJ 2015/2016	GJ 2015/2016	GJ 2014/2015	GJ 2013/2014	GJ 2012/2013
Investitionsdeckung	48,1%	keine Investitionen	313,1%	28,7%	keine Investitionen
Vermögensstruktur	70,5%	70,1%	69,9%	69,8%	65,9%
Fremdkapitalquote	0,03%	0,3%	0,3%	0,8%	0,8%
Eigenkapitalquote	99,97%	99,7%	99,7%	99,2%	99,2%
Eigenkapitalrendite	28,37%	28,3%	28,8%	28,7%	32,3%
Gesamtkapitalrendite	28,37%	28,2%	28,7%	28,5%	32,1%

Die Vermögensstruktur ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und im Wesentlichen durch die Beteiligung an der ENSO AG bestimmt. Die Kapitalstruktur ist unverändert nahezu vollständig durch Eigenkapital bestimmt. Bei den Renditekennzahlen ist im Vergleich zum Vorjahr ein gleichbleibendes Niveau zu verzeichnen.

6 Gesamtaussage

Der Geschäftsverlauf der KBO ist maßgeblich mit der Entwicklung der ENSO AG verknüpft. Die ENSO AG erzielte im Geschäftsjahr einen im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegenen Bilanzgewinn. Das operative Ergebnis ist dagegen gesunken. Der Jahresüberschuss der ENSO in Höhe von 52,2 Mio. Euro wurde komplett ausgeschüttet, so dass die KBO eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Dividende erzielte. Damit lag der Jahresüberschuss der KBO leicht über dem Vorjahresniveau.

7 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

8 Prognosebericht

8.1 ENSO

Für das aktuelle Geschäftsjahr 2017 plant die ENSO einen Jahresüberschuss in Höhe von 46,1 Mio. Euro. Der erwartete Ergebnismrückgang im Vergleich zum Vorjahr spiegelt die Wettbewerbs-, Regulierungs- und Kostensituation der Energieversorgungsunternehmen wieder. Die Absatzplanung geht infolge der hohen Wettbewerbsintensität von um 11 % niedrigeren Gaslieferungen aus, während die Stromlieferungen auf Vorjahresniveau prognostiziert werden. Diese rückläufige Tendenz wurde bei der Planung der Umsatzerlöse entsprechend berücksichtigt.

Für 2017 sind Investitionen mit einem Gesamtvolumen von 116 Mio. Euro geplant. Schwerpunkte neben den Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Netzbereich sind der Erwerb der verbleibenden Anteile am City Center sowie der Neubau einer Verbundleitstelle am Standort Reick in Kooperation mit der Drewag.

8.2 KBO

Die Geschäftsführung der KBO geht für die Planungsperiode 2017/2018 von einer stabilen Geschäftsentwicklung der ENSO aus. Die Dividendenerwartung liegt bei voraussichtlich 22,45 Euro pro Aktie und spiegelt die Ergebniserwartung der ENSO wieder.

9 Chancen- und Risikobericht

Die Entwicklung der KBO ist an die wirtschaftliche Entwicklung der ENSO und deren Tochterunternehmen geknüpft und somit auch an deren Chancen und Risiken. Risiken der künftigen Entwicklung sieht die ENSO weiterhin in einem schwierigen Wettbewerbsumfeld, schwankenden Marktpreisen und insbesondere im Industriekundensegment der konjunkturellen Entwicklung.

Darüber hinaus werden Risiken vor allem im Ausfall von Vertragspartnern sowie in möglichen Zinsschwankungen gesehen. Durch ihr Risikomanagement ist die ENSO für die Bewältigung künftiger Risiken gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

Chancen bestehen überwiegend bei Absatz und Beschaffung von Strom und Gas sowie in einer reduzierten Inanspruchnahme bilanzierter Risiken. Die ENSO geht in der Wirtschaftsplanung für die kommenden Jahre von positiven - wenn auch leicht sinkenden - Ergebnissen aus.

10 Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Bankguthaben, kurzfristige Geldanlagen und Verbindlichkeiten.

Sebnitz, September 2017

Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der Energie Sachsen Ost
Katrin Fischer
Geschäftsführerin

6.3 Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH

Rechtliche Verhältnisse

Firma	Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH	
Rechtsform	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gründung	26. Juni 2002 (Urkunde 656/2002 Notar Dr. Braun)	
Sitz	Neugasse 39/40, 01662 Meißen	
Handelsregistereintragung	Handelsregister Dresden, HRB 22152 am 11.11.2003	
Gesellschaftsvertrag	gültig in der Fassung vom 08.07.2010	
Geschäftsjahr	Kalenderjahr	
Gegenstand des Unternehmens	Übernahme von Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Strukturentwicklung im und für den Landkreis Meißen und die dazugehörigen Städte und Gemeinden. Sicherung vorhandener und die Schaffung der Voraussetzungen zur Entstehung neuer Arbeitsplätze durch die Unterstützung und Förderung der im Landkreis ansässigen Unternehmen. Vermittlung und Beratung bei der Gründung oder der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Meißen. Allgemeine Förderung des Tourismus durch Werbung für die Region Landkreis Meißen.	
Geschäftsführung	Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 war zum Geschäftsführer Herr Sascha Dienel bestellt. Der Geschäftsführer ist alleinvertretungsbefugt und nicht von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.	
Stammkapital	38.000,00 Euro	
Gesellschafter	Landkreis Meißen	10.650,00 Euro
	Sparkasse Meißen	10.000,00 Euro
	Große Kreisstadt Coswig	1.600,00 Euro
	Große Kreisstadt Meißen	2.000,00 Euro
	Große Kreisstadt Radebeul	2.200,00 Euro
	Große Kreisstadt Riesa	2.500,00 Euro
	Große Kreisstadt Großenhain	1.400,00 Euro
	Gemeinde Ebersbach (ab 2018)	350,00 Euro
	Gemeinde Diera-Zehren	250,00 Euro
	Gemeinde Käbschütztal	200,00 Euro
	Gemeinde Klipphausen	700,00 Euro
	Gemeinde Moritzburg	550,00 Euro
	Gemeinde Niederau	300,00 Euro
	Gemeinde Weinböhla	700,00 Euro
	Stadt Nossen	850,00 Euro
	Stadt Radeburg	550,00 Euro
	Stadt Gröditz	550,00 Euro
	Stadt Lommatzsch	400,00 Euro
	Stadt Strehla	300,00 Euro
	Gemeinde Stauchitz	250,00 Euro
	Gemeinde Röderaue	200,00 Euro
	Gemeinde Priestewitz	250,00 Euro
	Gemeinde Wülknitz	100,00 Euro
	Gemeinde Thiendorf (seit 2017)	250,00 Euro
	Gemeinde Zeithain	450,00 Euro
	Gemeinde Hirschstein	150,00 Euro
	Gemeinde Glaubitz	150,00 Euro
	Gemeinde Schönfeld	150,00 Euro
	Stammkapital gesamt:	38.000,00 Euro
	Die Stammeinlagen sind in voller Höhe erbracht.	

Das Arbeitskräfteangebot für Unternehmen hat sich leicht verringert. Vor dem Hintergrund, dass inzwischen mehr Menschen altersbedingt den Arbeitsmarkt verlassen als junge Personen nachrücken, stellt sich hier eine neue Herausforderung für die Unternehmen dar. Unternehmen müssen frühzeitig Aktivitäten entfalten, um freiwerdende Stellen zeitnah besetzen zu können. Zahlreiche Flüchtlinge, welche in den Vorjahren in den Landkreis Meißen gekommen sind, befinden sich in Sprachkursen oder sonstigen berufsvorbereitenden Maßnahmen. Es hat sich 2017 nicht abgezeichnet, dass durch diese zusätzlichen Arbeitskräfte eine wesentliche Änderung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist.

2.2. Geschäftsverlauf

Aus Sicht der WRM ist das Jahr 2017 positiv zu beurteilen. Eine Vielzahl von Unternehmen konnte bei ihren Erweiterungsvorhaben begleitet werden. Neben der Gewerbeflächensuche wurde Hilfestellung bei Finanzierungsfragen oder der Beantragung von Fördermitteln geleistet. Ausgangspunkt war die gute wirtschaftliche Entwicklung dieser Unternehmen in den letzten Jahren und ein positiver Geschäftsausblick. Die bevorstehende Minderung der Fördersätze für Investitionsvorhaben hat zahlreiche Unternehmen veranlasst, im Jahr 2017 Erweiterungsvorhaben zu starten bzw. umzusetzen. Einige Vorhaben befanden sich zum Jahreswechsel in der Betreuung.

Wie im Vorjahr auch, wurden 2017 keine externen Dienstleister zur Unterstützung von Ansiedlungsakquisitionen beauftragt. Die WRM konzentriert sich weiterhin auf die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung Sachsen (WFS), auf die eigene Darstellung im Internet sowie auf ausgewählte Anzeigen in Printmedien. Die kompetente und zügige Reaktion auf Anfragen konnte über das gesamte Jahr gewährleistet werden. Der Austausch mit den WFS-Ansprechpartnern erfolgte auch 2017 regelmäßig. Verfügbare Industrieflächen im Landkreis sind im größeren Maße derzeit nur noch in Großenhain vorhanden. Die WRM begrüßt daher die Überlegungen der Stadt Nossen sowie der Gemeinde Thiendorf, ihre Gewerbegebiete in Autobahnnähe zu erweitern.

Die im Jahr 2017 erfolgte Unterstützung und Betreuung von Existenzgründern im Landkreis Meißen verlief in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr. Für Existenzgründer aus dem Betreuungskreis des Jobcenters (Bezieher von Arbeitslosengeld II) wurden keine Tragfähigkeitsbescheinigungen erstellt. Beratungen zur Vorbereitung einer Gründung haben jedoch stattgefunden. Insgesamt war die Anzahl der betreuten Fälle bzw. der durchgeführten Beratungen überschaubar.

Die Beratungstage zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten der Sächsischen AufbauBank (SAB) in den Räumen der WRM wurden 2017 fortgeführt. Einmal im Quartal wird ein Sprechtag angeboten. Das Angebot wird sowohl von gründungswilligen Personen als auch von Unternehmern intensiv genutzt. Je nach Beratungsinhalt erfolgt hierbei auch eine Überleitung oder Einbindung der Mitarbeiter der WRM. Dieses Angebot wird 2018 auch fortgeführt.

Im März 2017 wurde der 6. Wirtschaftstag im Landkreis Meißen gemeinsam mit dem Regionalbüro Riesa der IHK Dresden erfolgreich umgesetzt. Zahlreiche Unternehmer und Unternehmensvertreter nutzten die Veranstaltung zum Austausch mit anderen Unternehmern aus der Region und genossen die qualitativ hochwertigen Fachvorträge. Ähnlich wie im Vorjahr konnten über Sponsoringvereinbarungen mehr Einnahmen generiert werden, als Ausgaben für die Veranstaltung angefallen sind. Der Mehrerlös wird für den Wirtschaftstag im Folgejahr verwendet. Der Wirtschaftstag hat sich als wichtigste Unternehmerveranstaltung im Landkreis Meißen etabliert. Es ist für die IHK und die WRM von großer Bedeutung, die hohe Qualität des Wirtschaftstages auch in den folgenden Jahren zu wahren. Die Vorbereitungen für den 7. Wirtschaftstag haben im Herbst 2017 begonnen. Erneut konnten zahlreiche Zusagen für Sponsoringvereinbarungen frühzeitig erlangt werden.

Der Förderverein für Heimat und Kultur in der Lommatzcher Pflege e.V. hat zwei ausgestattete Arbeitsplätze von der WRM für die Regionalmanager des LEADER-Gebietes angemietet. Der (Unter-)Mietvertrag wurde zum Jahresende 2017 bis Ende 2020 verlängert. Über das Mietverhältnis besteht weiterhin die Möglichkeit des direkten Austausches der Regionalmanager mit den WRM-Mitarbeitern.

Die Organisation der sachsenweiten Berufsorientierungswoche „Schau rein!“ im Landkreis Meißen konnte 2017 das zweite Mal erfolgreich umgesetzt werden. Die Anzahl der teilnehmenden Unternehmen aus verschiedenen Branchen stieg von 63 im Vorjahr auf 102 im März 2017 an. Die Anzahl der teilnehmenden Schüler konnte sogar von 261 auf 701 erhöht werden. Schüler von 37 Schulen aus dem Landkreis haben die Möglichkeit genutzt, die Unternehmen und deren Ausbildungsberufe näher kennen zu lernen.

Auch für das Jahr 2018 hat die WRM eine Vereinbarung mit dem Sächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) zur Vorbereitung und Organisation der „Schau-rein!“-Woche geschlossen. Die Umsetzung hat bereits Anfang des 4. Quartals 2017 begonnen. Die Vereinbarung mit dem SMWA beinhaltet eine Vergütung bzw. Aufwandsentschädigung für die WRM, deckt aber nicht die kompletten Kosten ab, berücksichtigt man die aufgabenbezogenen Personalkosten. Dennoch hat die WRM diese Aufgabe erneut übernommen, da über „Schau rein!“ den Schülern die Perspektiven bei den regionalen Firmen nähergebracht werden und die Unternehmen einen direkten Zugang zu potenziellen Auszubildenden erhalten.

Die WRM hat 2017 das Ende 2016 begonnene Projekt zur Erstellung des Fachkräfteportals www.air-meissen.de umgesetzt und das Portal Ende Mai live geschaltet. Das Portal soll die ansässigen Unternehmen bei der Fachkräftegewinnung unterstützen und die offenen Fach-, Ausbildungs- und Praktikumsstellen darstellen. Für die Errichtung des Portals erhielt die WRM eine Förderung in Höhe von 90% über die Sächsische AufbauBank. Der Landkreis Meißen sowie drei Unternehmen konnten als Sponsoring-Partner gewonnen werden. Die daraus zufließenden Einnahmen sollen zur Öffentlichkeitsarbeit und Fortschreibung des Portals verwendet werden.

Für die Erstellung einer Fachkräfteanalyse hat die WRM einen weiteren Förderantrag über Fachkräfteleitlinie eingereicht. Das Ziel bestand darin, eine Analyse für die zu erwartenden Situation der Fachkräfteverfügbarkeit sowie sich ergebender Änderungen zu erhalten. Damit verbunden sollten Handlungsempfehlungen vom beauftragten Beratungsunternehmen abgeleitet werden. Auch in diesem Fall wurde eine Förderung in Höhe von 90% gewährt. Die Studie und Analyse wurde Ende 2017 übergeben. Die Ergebnisse der Studie flossen in die Überarbeitung des Handlungskonzeptes der regionalen Fachkräfteallianz ein und wurden auch an die beauftragte Agentur für das Zukunftsforum des Landkreises Meißen übergeben. Somit können die Schlussfolgerungen nicht nur für die WRM-Arbeit sinnvoll genutzt werden.

2.3 Ertragslage, Finanzlage und Vermögenslage

(1) Ertragslage:

Die WRM bietet die Unternehmensdienstleistungen kostenfrei an. Daher ist die Betrachtung der Ausgaben von Bedeutung. Prägend für das Betriebsergebnis und somit die Ertragslage war neben den Personalkosten i.H.v. 231.445,40 Euro der Aufwand für Fremdleistungen i.H.v. 115.947,50 Euro. Die im Verhältnis zu den Gesamtausgaben hohen Personalkosten sind erforderlich, um die zuvor aufgeführten Tätigkeiten auszuführen. Der leichte Anstieg der Personalkosten (+3,4 %) ist mit der Projektbearbeitung 2017 verbunden. Im Jahr 2017 standen der WRM Mitarbeiterkapazitäten nach VZÄ von 4,5 zur Verfügung (VZÄ 2016 = 4,4). Die WRM hat keine Tarifbindung vereinbart. Es erfolgt aber eine Orientierung am Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Insbesondere wird versucht, Tarifanpassungen im Öffentlichen Dienst auch für die Mitarbeiter der WRM zu übernehmen.

Die Ausgaben im Bereich bezogene Leistungen lagen 2017 um 57,8 T€ über denen des Vorjahres. Der Bereich bezogene Leistungen beinhaltet Ausgaben in Verbindung mit der Gestaltung des Wirtschaftstages, der Dienstleistung zur Abrechnung der Geonetz-Datendienste, der Organisation der Berufsorientierungswoche „Schau rein!“ sowie der Gestaltung der neuen Stellenbörse für den Landkreis Meißen als auch der beauftragten Fachkräftestudie. Für die beiden letztgenannten Projekte hat die WRM eine 90-prozentige Förderung über die Sächsische AufbauBank erhalten, die in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten ist.

Die sonstigen Kosten haben sich zum Vorjahr nicht verändert. Besondere Erläuterungen sind somit nicht erforderlich.

Ausgehend von der Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich die Ertragslage des Unternehmens wie folgt dar:

(Angaben in T€)	2017	2016	2015	2014
Gesamtleistung	77,0	72,3	112,3	164,1
Sonstige betriebliche Erträge	68,7	11,9	10,6	4,6
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-115,9	-58,1	-80,4	-55,9
Betrieblicher Rohertrag	29,8	26,1	42,5	112,8
Personalkosten	-231,5	-223,8	-238,8	-287,8
Sonstige Kosten	-56,5	-58,0	-62	-61,2
Abschreibungen	-14,1	-3,1	-2,3	-3,4
Betriebsergebnis	-272,3	-258,8	-260,6	-239,6
Finanzergebnis	0,0	0,0	0,1	0,9
Jahresergebnis	-272,3	-258,8	-260,5	-238,7

Aufgrund des Unternehmensgegenstandes ist die Ertragskraft des Unternehmens begrenzt. Zur Abdeckung der bilanziellen Verluste ist die WRM folglich auf Beibehaltung der jährlichen Kapitalumlage durch die Gesellschafter angewiesen.

(2) Finanzlage:

Die Finanzlage ist durch die Zahlung der Gesellschafterumlage und die Ausgaben für die Geschäftstätigkeit geprägt. Von Seiten der Geschäftsführung wird darauf geachtet, dass sorgsam mit den Mitteln umgegangen wird und keine unnötigen Kosten verursacht werden.

Die WRM wurde im Geschäftsjahr 2017 durch den Landkreis Meißen, die Sparkasse Meißen sowie 25 Städte und Gemeinden wie folgt finanziert.

Gesellschafter	2017	2016	2015
Landkreis Meißen	73.782 EUR	73.782 EUR	60.000 EUR
Sparkasse Meißen	73.782 EUR	73.782 EUR	60.000 EUR
Große Kreisstadt Coswig	11.914 EUR	12.071 EUR	9.170 EUR
Große Kreisstadt Großenhain	10.497 EUR	10.735 EUR	8.416 EUR
Große Kreisstadt Meißen	15.978 EUR	15.957 EUR	11.653 EUR
Große Kreisstadt Radebeul	19.478 EUR	19.807 EUR	13.930 EUR
Große Kreisstadt Riesa	17.665 EUR	18.144 EUR	14.704 EUR
Stadt Gröditz	4.238 EUR	4.351 EUR	3.561 EUR
Stadt Lommatzsch	2.902 EUR	3.009 EUR	2.361 EUR
Stadt Nossen	6.189 EUR	6.349 EUR	4.853 EUR
Stadt Radeburg	4.230 EUR	4.324 EUR	3.274 EUR
Stadt Strehla	2.153 EUR	2.210 EUR	1.708 EUR
Gemeinde Diera-Zehren	1.917 EUR	1.957 EUR	1.555 EUR
Gemeinde Glaubitz	1.241 EUR	1.221 EUR	872 EUR
Gemeinde Hirschstein	1.185 EUR	1.218 EUR	1.001 EUR
Gemeinde Käbschütztal	1.594 EUR	1.623 EUR	1.237 EUR
Gemeinde Klipphausen	5.881 EUR	5.998 EUR	4.448 EUR
Gemeinde Moritzburg	4.753 EUR	4.869 EUR	3.420 EUR
Gemeinde Niederau	2.551 EUR	2.309 EUR	1.724 EUR
Gemeinde Priestewitz	1.853 EUR	1.879 EUR	1.452 EUR
Gemeinde Röderau	1.574 EUR	1.639 EUR	1.309 EUR
Gemeinde Schönfeld	1.079 EUR	1.103 EUR	822 EUR
Gemeinde Stauchitz	1.776 EUR	1.841 EUR	1.432 EUR
Gemeinde Weinböhla	5.860 EUR	5.948 EUR	4.257 EUR
Gemeinde Wülknitz	987 EUR	1.009 EUR	746 EUR
Gemeinde Zeithain	3.340 EUR	3.405 EUR	2.635 EUR
Summe	280.540 EUR	280.540 EUR	220.540 EUR

Eine Änderung in der Gesellschafterstruktur hat sich im Jahr 2017 durch den Beitritt der Gemeinde Thiendorf zum WRM-Gesellschafterkreis ergeben. Die WRM hat nun neben dem Landkreis Meißen und der Sparkasse Meißen 25 der 28 Kommunen des Landkreises als Gesellschafter.

Für das Geschäftsjahr 2017 ergibt sich ein negativer Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit wie in vorherigen Jahren. Da für die Gesellschaft kein Gewinnstreben besteht, sondern die Erfüllung der Aufgaben im Vordergrund steht, wie beispielsweise Unterstützung der im Landkreis ansässigen Unternehmen und Ansiedlung weiterer Unternehmen im Landkreis, führt dies nicht zu einem damit verbundenen Handlungsbedarf. Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2017 jederzeit in der Lage, ihren Verpflichtungen zeitgerecht und vollständig nachkommen zu können.

(3) Vermögenslage:

Das Vermögen ist durch langfristige Finanzierungsmittel gedeckt. Neben der Gesellschafterumlage ist das vorhandene Eigenkapital ein Finanzierungsmittel zur Erfüllung der vorgesehenen Aufgaben. Die WRM hat zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Einzahlungen der Gesellschafter erfolgten mit einer Gesamthöhe von 280.540,00 Euro in die Kapitalrücklage. Demzufolge wird das Bilanzbild durch die Höhe der Kapitalrücklage und das Betriebsergebnis der Gesellschaft geprägt. Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag 283.254,66 Euro.

Das Anlagevermögen besteht aus Vermögensgegenständen i.H.v. 42.331,01 Euro. Das Fachkräfteportal www.air-meissen.de hat mit einem Buchwert von 29.792,00 Euro daran den größten Anteil. Insgesamt wurden Investitionen i.H.v. 31.817,26 getätigt. Die Aktiva der WRM bestehen im Wesentlichen aus Bankguthaben i.H.v. 292.725,22 Euro. Der Jahresverlust beträgt 272.257,20 Euro.

3 Prognosebericht

Im Geschäftsjahr 2018 werden ähnliche hohe Erlöse wie im Vorjahr erwartet. Einnahmen werden erneut über die Einwerbung von Sponsoren für den Wirtschaftstag im Landkreis Meißen generiert. Diesen Einnahmen stehen jedoch in gleicher Höhe Ausgaben gegenüber. Wenn ein Überhang entsteht, soll dieser für die Veranstaltung im Folgejahr genutzt werden.

Außerdem werden Einnahmen für die WRM durch die Vereinbarung mit dem Sächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SWMA) zur Umsetzung der Berufsorientierungswoche „Schau rein!“ im Landkreis Meißen erzielt. Diese Aufgabe soll auch für die Woche „Schau rein!“ im Jahr 2019 übernommen werden, was bedeutet, dass hierfür Tätigkeiten bereits im 2. Halbjahr 2018 ausgeführt werden. Entsprechend ist auch eine Teilzahlung des SMWA zum Jahresende 2018 zu erwarten.

Die Geonetz-Datendienste werden ab 2018 nicht mehr über die WRM abgerechnet. Der Provider hat sich für eine Änderung - hin zu einer direkten Abrechnung - entschieden. Die Serviceangebote für die betreffenden Kommunen werden sich durch diese Neugestaltung nicht ändern. Die Einnahmen aus dieser Dienstleistung waren in der Regel nicht höher als 3.000 Euro jährlich und haben daher keinen wesentlichen Einfluss auf die künftige Ertragslage. Zusätzlich erhält die WRM Einnahmen aus der Vermietung von zwei ausgestatteten Arbeitsplätzen und der Mitnutzung des Beratungsraumes an den Förderverein für Heimat und Kultur in der Lommatzcher Pflege e.V. (Arbeitsplätze für zwei Regionalmanager für das LEADERGebiet). Diese Nutzung ist bis Ende 2020 vorgesehen.

Die Personalaufwendungen werden voraussichtlich steigen, da die Stelle eines Breitbandkoordinators für den Landkreis Meißen geschaffen wird. Für die Abdeckung der hieraus resultierenden Mehraufwendungen erhält die WRM einen Betrag von der Landkreisverwaltung.

Die laufenden Aufwendungen werden satzungsgemäß durch die Einzahlungen der Gesellschafter gedeckt. Im Jahr 2018 wird mit Aufwendungen gerechnet, die mit ca. 3.600 Euro unter den Einzahlungen der Gesellschafter liegen. Der zu erwartende Überschuss soll in die Rücklage der Gesellschaft fließen. Die Rücklage dient dazu, dass bei Bedarf Sonderprojekte mit einem deutlichen Mehrwert für den Landkreis umgesetzt werden können.

4 Chancen- und Risikobericht

(1) Chancenbericht:

Als Chance soll die Steigerung der Bekanntheit der WRM als Dienstleister in der Region gesehen werden, um unternehmerisches Engagement zu fördern. Bereits durch die Organisation und Umsetzung des Wirtschaftstages im Landkreis Meißen – gemeinsam mit dem Regionalbüro Riesa der IHK Dresden – sowie der Organisation der Berufsorientierungswoche „Schau rein!“ konnte die öffentliche Wahrnehmung der Gesellschaft in den letzten Jahren erhöht werden.

Über die Schaffung der Stelle eines Breitbandkoordinators für den Landkreis Meißen soll die Zusammenarbeit mit den Kommunen intensiviert werden.

Die WRM wird auch weiterhin prüfen, ob sich Projektansätze ergeben, welche einen Mehrwert für die Gesellschaft oder den Landkreis Meißen generieren. In Abstimmung mit dem Aufsichtsrat bzw. der Gesellschafterversammlung kann ggf. auch im Jahresverlauf über neue Projekte oder temporäre Aufgabenübernahmen entschieden werden. Zusätzliche Kapazitäten bei der WRM sind, neben der Schaffung eines Breitbandkoordinators, derzeit nicht vorgesehen.

(2) Risikobericht:

Die WRM ist in den nächsten Jahren weiter an die satzungsgemäß festgelegte Einzahlung in die Kapitalrücklage durch die Gesellschafter gebunden. Die Hauptrisiken des Unternehmens liegen demzufolge insbesondere in der Entwicklung der Einnahmesituation der kommunalen Haushalte. Ohne die Einzahlungen in die Kapitalrücklage ist das Unternehmen nicht überlebensfähig.

Sollte aus dem Aufsichtsrat oder der Gesellschafterversammlung der Wunsch nach zusätzlichen Aufgaben an die WRM herangetragen werden, müsste gleichzeitig über eine personelle Aufstockung oder die Beendigung anderer laufender Tätigkeiten diskutiert werden. Der aktuelle Personalbestand sowie das bisherige Beratungs- und Betreuungsniveau lassen wenig Spielraum für weitere Aufgaben zu. In Bezug auf das Anfrageverhalten von Unternehmen und Existenzgründern werden keine wesentlichen Änderungen erwartet, womit ein Großteil der Mitarbeiter der WRM weiterhin über die Bearbeitung gebunden sein wird.

(3) Gesamtaussage

Die WRM verfügt bereits über eine weitgehende Bekanntheit bei den Unternehmen im Landkreis Meißen. Über ihre Beratungstätigkeit, die Durchführung des Wirtschaftstages als auch die Organisation der Berufsorientierungswoche „Schau rein!“ konnte diese in den letzten Jahren sogar erhöht werden. Auch die Schaffung des Karriereportals AIR Meißen hat zu weiteren Unternehmenskontakten sowie einer höheren öffentlichen Wahrnehmung geführt.

Um weiterhin eine qualitativ hochwertige Arbeit anbieten zu können, ist eine angemessene personelle Ausstattung erforderlich. Die jetzige Personalausstattung sollte nicht unterschritten werden. Aufgrund der Erhöhung der jährlichen Kapitaleinzahlung durch die Gesellschafter seit 2016 wird sich die Kapitalrücklage voraussichtlich nicht mehr verringern.

Meißen, am 02. Mai 2018

Sascha Dienel
Wirtschaftsförderung Region Meißen GmbH

6.4 Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH

Rechtlichen Verhältnisse

Firma:	Qualifizierungszentrum Region Riesa GmbH																																																																
Gründung:	18. Oktober 1990																																																																
Sitz:	Riesa (Anschrift: Alleestraße 43, 01591 Riesa)																																																																
Handelsregistereintrag:	Amtsgericht Dresden (HRB 2482)																																																																
Gesellschaftsvertrag: Geschäftsjahr:	vom 25. Oktober 1990, zuletzt geändert am 15. September 2010 1. August bis 31. Juli in Anlehnung an das Schuljahr																																																																
Gegenstand des Unternehmens:	<p>1. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Region Riesa, insbesondere die</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen beruflicher Weiterbildung einschließlich der Berufsbildung für Behinderte und Rehabilitanten, • Durchführung von Erstausbildung gemäß den Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes in seiner jeweils gültigen Fassung, • Entwicklung und Erprobung von Modellen und Verfahren einschließlich Projektarbeiten, die geeignet sind, die Umsetzung der erworbenen Qualifikationen in praktische Tätigkeit zu fördern. <p>2. Gegenstand des Unternehmens ist auch die Förderung junger Menschen auf dem Gebiet der Jugendhilfe im Sinne von § 1 SGB VIII, insbesondere § 13 SGB VIII Jugendsozialarbeit.</p> <p>3. Die Gesellschaft soll mit Institutionen zusammenarbeiten, die sich einem gleichen oder ähnlichen Gesellschaftszweck widmen.</p> <p>4. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.</p>																																																																
Dauer der Gesellschaft:	Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit geschlossen.																																																																
Zertifizierung:	Die Gesellschaft ist als zugelassener Träger nach dem Recht der Arbeitsförderung zertifiziert. Die Forderungen der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung - AZAV - sind erfüllt. Das Zertifikat ist gültig bis 31. August 2019. Der Gesellschaft wird zudem bescheinigt, dass sie ein Qualitätsmanagementsystem eingeführt hat und anwendet, das den Anforderungen der ISO 9001:2008 entspricht. Das Zertifikat ist gültig bis 31. August 2019.																																																																
Stammkapital/ Gesellschafter:	<p>Das Stammkapital von 97.145,46 Euro (190.000 DM) wird gehalten von</p> <table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 60%;"></th> <th style="width: 10%;"></th> <th style="width: 15%; text-align: right;">DM</th> <th style="width: 15%; text-align: right;">EUR</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Landkreis Meißen</td> <td style="text-align: right;">10,53 %</td> <td style="text-align: right;">20.000</td> <td style="text-align: right;">(10.225,84)</td> </tr> <tr> <td>Stadt Riesa</td> <td style="text-align: right;">10,53 %</td> <td style="text-align: right;">20.000</td> <td style="text-align: right;">(10.225,84)</td> </tr> <tr> <td>Stadt Gröditz</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>IHK Dresden</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>Schmiedewerke Gröditz GmbH</td> <td style="text-align: right;">10,53 %</td> <td style="text-align: right;">20.000</td> <td style="text-align: right;">(10.225,84)</td> </tr> <tr> <td>Vallourec Deutschland GmbH</td> <td style="text-align: right;">10,53 %</td> <td style="text-align: right;">20.000</td> <td style="text-align: right;">(10.225,84)</td> </tr> <tr> <td>Salzgitter Mannesmann Rohr Sachsen</td> <td style="text-align: right;">10,53 %</td> <td style="text-align: right;">20.000</td> <td style="text-align: right;">(10.225,84)</td> </tr> <tr> <td>BUS Elektronik GmbH & Co. KG</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>UKM Fahrzeugteile GmbH</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>Sparkasse Meißen</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>Kopf Umwelt- und Energietechnik Riesa</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>ESF Elbe-Stahlwerke-Feralpi GmbH</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>Bauunion 1905 GmbH</td> <td style="text-align: right;">5,26 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,92)</td> </tr> <tr> <td>Maschinenteknik Riesa GmbH</td> <td style="text-align: right;">5,27 %</td> <td style="text-align: right;">10.000</td> <td style="text-align: right;">(5.112,90)</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;"><u>100,00 %</u></td> <td style="text-align: right;"><u>190.000</u></td> <td style="text-align: right;"><u>(97.145,46)</u></td> </tr> </tbody> </table> <p>Die Einlagen sind in voller Höhe erbracht.</p>			DM	EUR	Landkreis Meißen	10,53 %	20.000	(10.225,84)	Stadt Riesa	10,53 %	20.000	(10.225,84)	Stadt Gröditz	5,26 %	10.000	(5.112,92)	IHK Dresden	5,26 %	10.000	(5.112,92)	Schmiedewerke Gröditz GmbH	10,53 %	20.000	(10.225,84)	Vallourec Deutschland GmbH	10,53 %	20.000	(10.225,84)	Salzgitter Mannesmann Rohr Sachsen	10,53 %	20.000	(10.225,84)	BUS Elektronik GmbH & Co. KG	5,26 %	10.000	(5.112,92)	UKM Fahrzeugteile GmbH	5,26 %	10.000	(5.112,92)	Sparkasse Meißen	5,26 %	10.000	(5.112,92)	Kopf Umwelt- und Energietechnik Riesa	5,26 %	10.000	(5.112,92)	ESF Elbe-Stahlwerke-Feralpi GmbH	5,26 %	10.000	(5.112,92)	Bauunion 1905 GmbH	5,26 %	10.000	(5.112,92)	Maschinenteknik Riesa GmbH	5,27 %	10.000	(5.112,90)		<u>100,00 %</u>	<u>190.000</u>	<u>(97.145,46)</u>
		DM	EUR																																																														
Landkreis Meißen	10,53 %	20.000	(10.225,84)																																																														
Stadt Riesa	10,53 %	20.000	(10.225,84)																																																														
Stadt Gröditz	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
IHK Dresden	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
Schmiedewerke Gröditz GmbH	10,53 %	20.000	(10.225,84)																																																														
Vallourec Deutschland GmbH	10,53 %	20.000	(10.225,84)																																																														
Salzgitter Mannesmann Rohr Sachsen	10,53 %	20.000	(10.225,84)																																																														
BUS Elektronik GmbH & Co. KG	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
UKM Fahrzeugteile GmbH	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
Sparkasse Meißen	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
Kopf Umwelt- und Energietechnik Riesa	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
ESF Elbe-Stahlwerke-Feralpi GmbH	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
Bauunion 1905 GmbH	5,26 %	10.000	(5.112,92)																																																														
Maschinenteknik Riesa GmbH	5,27 %	10.000	(5.112,90)																																																														
	<u>100,00 %</u>	<u>190.000</u>	<u>(97.145,46)</u>																																																														
Geschäftsführung/ Vertretung:	<p>Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer allein vertreten, wenn ein alleiniger Geschäftsführer bestellt ist. Hat die Gesellschaft mehrere Geschäftsführer, so wird sie von zwei Geschäftsführern oder einem Geschäftsführer und einem Prokuristen gemeinschaftlich vertreten.</p> <p>Im Geschäftsjahr erfolgte die Geschäftsführung durch Herrn Thomas Moldenhauer. Durch Gesellschafterbeschluss vom 15.09.2010 wurde Frau Sybille Stenzel Einzelprokura erteilt.</p>																																																																

Kuratorium: Die Gesellschaft hat ein Kuratorium , welches insbesondere folgende Aufgaben wahrnimmt:

- Beratung der Geschäftsführung in Fragen der Arbeitsmarktentwicklung und der Berufsbildung,
- Information und Erfahrungsaustausch über den Strukturwandel in der Region und Erarbeitung von Vorschlägen für die daraus sich ergebenden Aufgaben für das Qualifizierungszentrum,
- Initiierung und Erarbeitung von Vorschlägen für Modellversuche und Projekte in den Feldern Neue Technologien, Arbeitsmarktentwicklung und Berufsbildung.

Die Mitglieder sind ehrenamtlich tätig und werden jeweils für 3 Jahre gewählt. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, ein Mitglied in das Kuratorium zu entsenden. Ferner können Vertreter von Behörden und Institutionen nach einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss dem Kuratorium angehören.

Auszug aus dem Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2016/2017

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die Arbeit im Geschäftsjahr 2015/2016 war vor allem gerichtet auf:

- Bildungsmaßnahmen in der Berufsvorbereitung, Erstausbildung und beruflichen Weiterbildung
- Aktivierungsmaßnahmen zur Integration von Langzeitarbeitslosen in den 1. Arbeitsmarkt
- Aktivierung und Vermittlung von Jugendlichen in eine betriebliche Erstausbildung
- Start eines Projektes im Rahmen des ESF-Programmes "Vorrang für duale Ausbildung"
- Weiterführung von Projekten der Berufsorientierung von Schülern
- Weiterführung eines Projektes der Jugendberufshilfe
- Betreuung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

Im Geschäftsjahr 2016/2017 betreute das Qualifizierungszentrum in Erstausbildung und Weiterbildung im Jahresdurchschnitt 333 Teilnehmer; damit nahezu unverändert im Vergleich zum Geschäftsjahr 2015/2016. Damit wirkte sich die vor allem der demographischen Entwicklung geschuldete, rückläufige Tendenz aus, während gleichzeitig die betriebliche Weiterbildung gestärkt werden konnte.

Im Bereich der Erstausbildung einschließlich berufsvorbereitender Maßnahmen wurden durchschnittlich 296 Jugendliche ausgebildet. Das ist ein Rückgang von 10 Teilnehmern zum Vorjahr. Die Ursachen liegen insbesondere in der demographischen Entwicklung und in der Zuweisungsentwicklung der Träger, zudem haben Betriebe weiterhin z.T. Probleme, angebotene Ausbildungsstellen auch angemessen zu besetzen. Im Jahresdurchschnitt ergeben sich folgende Teilnehmerzahlen:

	2016/2017	2015/2016	2014/2015	2013/2014
	Anzahl Teilnehmer			
überbetriebliche Ausbildung im Firmenausbildungsverbund	283	294	302	319
Maßnahmen der Agentur für Arbeit bzw. des Jobcenters	13	12	25	30
überbetriebliche Ausbildung GISA und Landesergänzungsprogramm	0	0	2	14

Die Ausbildungsplätze des Ausbildungsverbundes sind der Wirtschaftsstruktur der Region folgend fast ausschließlich im Bereich Metall und Elektrotechnik/Elektronik angesiedelt. Vereinzelt wurden 2016/2017 Teilnehmer in der geförderten beruflichen Weiterbildung über Bildungsgutscheine qualifiziert. Schwerpunkt bilden hierbei nach wie vor die Schweißkurse. Daneben erfolgten Weiterbildungsmaßnahmen mit Inhalten der Aktivierung je nach Zuweisung durch den Träger. In Projekten und sonstigen Weiterbildungsmaßnahmen waren im vergangenen Geschäftsjahr monatlich durchschnittlich 38 Teilnehmer erfasst. Das ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr, vor allem im Bereich betriebliche Weiterbildung. Die Zuweisung von Teilnehmern in ESF-Projekte wird hierbei weiterhin als anspruchsvoll angesehen.

Im Rahmen der Berufsorientierung wurden 5 Schulen unserer Region betreut. Zum Teil wurden diese Maßnahmen aus verschiedenen Bundes- bzw. Landesprogrammen gefördert. Der Geschäftsentwicklung folgend konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten des Qualifizierungszentrums inzwischen ausschließlich am Standort Riesa. Es wurden im Geschäftsjahr entsprechende organisatorische und bauliche Maßnahmen zur Anpassung der Abläufe am Standort Riesa ergriffen.

2 Darstellung der Lage

2.1 Vermögenslage

Aus der Bilanz ergibt sich eine Verringerung der Bilanzsumme gegenüber dem vorhergehenden Wirtschaftsjahr von 364,0 T€ (Vorjahr -422,7 T€).

2016/2017	2015/2016	2014/2015	2013/2014	2012/2013
6.896,6 T€	7.260,6 T€	7.683,3 T€	8.148,4 T€	8.595,1 T€

Die Verringerung der Bilanzsumme resultiert insbesondere aus der Verminderung der Sachanlagen des Anlagevermögens durch planmäßige Abschreibungen von 372,7 T€

Die Geldanlagen mit einer längeren Laufzeit beliefen sich auf 800,4 T€ (Vorjahr 1.200,4 T€, Vorvorjahr.: 1.400,0 T€). Die liquiden Mittel betragen zum Stichtag 1.214,9 T€ (Vorjahr 857,0 T€, Vorvorjahr.: 657,5 T€).

Das Umlaufvermögen erhöhte sich um 347,9 T€ durch eine Verringerung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um 9,9 T€ bei gleichzeitiger Erhöhung des Kontobestandes um 357,9 T€ durch das Auslaufen einer Festgeldanlage.

Wesentliche Vermögensposition ist das Anlagevermögen mit 5.538,9 T€. Die größte Position ist dabei das Schul- und Werkstattgebäude in Riesa Alleestraße einschließlich der Ausstattung, insbesondere mit Maschinen. Daneben bestehen längerfristige Finanzanlagen in Höhe von 800,4 T€

Die Vermögenslage ist als stabil einzuschätzen.

2.2 Finanzlage

Kapitalseitig erfolgt die Finanzierung (abgesehen von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und der Auflösung des Sonderpostens aus der Errichtung des Schulneubaus) komplett ohne Fremdkapital.

Die finanziellen Mittel (Liquidität und Finanzanlagen) sind über das Geschäftsjahr nahezu unverändert (-42,1 T€). Gleichzeitig wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 61,6 T€ investiert. Die Investitionen wurden im Wesentlichen hinsichtlich der Ausstattung der Werkstätten und der EDV-Ausstattung sowie zweier Pkw getätigt.

Der vereinfachte cash flow stieg gegenüber dem vorhergehenden Geschäftsjahr um 87,1 T€, Er berechnet sich aus dem Ergebnis zwischen Einnahmen und Ausgaben unter Berücksichtigung der Abschreibungen und der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Neubau.

2016/2017	2015/2016	2014/2015	2013/2014	2012/2013
42,3 T€	-44,7 T€	2,8 T€	93,7 T€	268,6 T€

Mit der stabilen Finanzlage war die Finanzierung der Gesellschaft im Geschäftsjahr jederzeit durch Eigenmittel gegeben. Für den Schulneubau wurden nicht rückzahlbare öffentliche Zuschüsse zur Verfügung gestellt, so dass die Aufnahme von Krediten auch in der Vergangenheit nicht notwendig war.

2.3 Ertragslage

Aus den Erlösen (1.943,2 T€, Vorjahr 2.036,1 T€) und Aufwendungen (2.145,2 T€, Vorjahr 2.333,9 T€) des Geschäftsjahres ergibt sich ein negatives Jahresergebnis in Höhe von -202,0 T€ (Vorjahr -297,8 T€). Im Vorjahresvergleich zeigt sich die Ertragsentwicklung verbessert.

2016/2017	2015/2016	2014/2015	2013/2014	2012/2013
-202,0 T€	-297,8 T€	-263,8 T€	-222,6 T€	-55,0 T€

Die Umsätze aus der geförderten Erstausbildung, der Berufsausbildungsvorbereitung und der Berufsorientierung sind gegenüber dem Vorjahr um 86,9 T€ geringer, da im Jahr einzelne Projekte keine Fortsetzung fanden. In der Verbundausbildung/Berufsorientierung wurden Mehreinnahmen in Höhe von 14,7 T€ erzielt.

In der beruflichen Weiterbildung sind die Erlöse um 38,9 T€ zurückgegangen, da durch die Bedarfsträger der Region von der Möglichkeit der Bildungsgutscheine wenig Gebrauch gemacht wurde. Der Rückgang konnte auch durch Maßnahmen der Aktivierung nicht ausgeglichen werden. Bei den Projekten besteht ein Umsatzrückgang in Höhe von 8,0 T€

Seitens der Geschäftsführung wurden entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung (Kostensenkungen, Intensivierung der Kundenbindung, Erschließung zusätzlicher Geschäftsfelder) ergriffen. Die Summe aus sonstigen Erlösen, betrieblichen Erträgen und Zinserträgen sank geringfügig.

Die Ausgabenentwicklung stellt sich wie folgt dar:

Personalkosten (ohne Ausbildungsvergütung)	Einsparung von	65,1 T€
Materialaufwand (inkl. bezogener Leistungen)	Einsparung von	46,5 T€
sonstige betriebliche Aufwendungen	Einsparung von	68,6 T€

Die Abschreibungen verringerten sich um 8,7 T€

3 Zukünftige Entwicklung

Der demographischen Entwicklung geschuldet, steigt die Zahl der Schulabgänger allmählich wieder an, was sich entsprechend in der Erstausbildung widerspiegelt. In der Verbundausbildung konnten wir 101 neue Azubis im ersten Ausbildungsjahr begrüßen, Damit zeigt sich im Vorjahresvergleich ein leichter Anstieg (Vorjahr 93). Gleichwohl bietet die absehbare Entwicklung der Schulabgänger noch mehr Entwicklungspotenzial im Bereich der Erstausbildung bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an die Gewinnung von Jugendlichen für eine Erstausbildung.

Im Bereich der Berufsorientierung ist weiter mit einem kontinuierlichen Rückgang der ausgeschriebenen ESF-Projektmittel und damit auch mit dem Ausbleiben von Projektzuschlägen zu rechnen. Eine stärkere alternative Organisationsform der Aktivitäten und noch stärkere Verzahnung mit den anderen Geschäftsfeldern wird daher angestrebt,

Die Beteiligung an Maßnahmen zur beruflichen Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen wurde projektbezogen geprüft und mit den Möglichkeiten des Qualifizierungszentrums abgeglichen. Ob weitere Projektdurchführungen hierbei hinzukommen ist derzeit nicht ausreichend belastbar.

Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung von Agentur für Arbeit bzw. Jobcenter werden kaum Veränderungen erwartet, so dass die Anzahl der Teilnehmer, die auf der Grundlage eines Bildungs- bzw. Aktivierungsgutscheines an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, relativ konstant bleiben sollten. Die Betreuungsaktivitäten bei Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung laufen noch bis März 2018. Über die Weiterführung bzw. über die Anzahl der Teilnehmer, mit denen diese Maßnahmen weiter geführt werden, kann keine Aussage getroffen werden. Wir gehen jedoch von einer positiven Fortführungsperspektive aus.

Die vorgenannten Entwicklungen führen insgesamt zu einer eher stabilen Erlösentwicklung, die nach wie vor eine gleichlaufende Kostenkontrolle, eine parallele Personalentwicklung und die Hebung von Einsparpotenzial in allen Bereichen erfordert.

Der Wirtschaftsplan 2017/2018 weist, dem Prinzip kaufmännischer Vorsicht folgend, erneut ein negatives Ergebnis und einen negativen cash flow aus. Bei der Planung wurde die vorgenommene Preisanpassung und die Teilnehmerentwicklung berücksichtigt, sowie insbesondere die Planung im Projektgeschäft einer Überprüfung und anschließender Fortschreibung unterzogen. Abhängig von der nur bedingt planbaren unterjährigen Entwicklung im Projektgeschäft wird dennoch eine Verbesserung des Planansatzes angestrebt.

Als zentral für die künftige Ergebnisentwicklung wird die weitere Fokussierung auf die Verbundausbildung und die hiermit zusammenhängenden Geschäftsbereiche angesehen. Hinzu kommt die Erschließung angrenzender Geschäftsfelder. Die vorhandene Liquidität sichert die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft und bietet auch weiterhin die Möglichkeit für unabdingbare Investitionen. Der Schwerpunkt liegt dabei weiterhin im Bereich der technischen Ausstattung in der Metalltechnik und Elektrotechnik/Elektronik.

4 Chancen und Risiken sowie Nachtragsbericht

Risiken, die über die partielle Abhängigkeit von der demographischen Entwicklung und der Auftragsvergabe der öffentlichen Hand hinausgehen und Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben, sind nicht erkennbar. Insbesondere konnte sich das Unternehmen trotz der schwierigen Lage auf dem Ausbildungsmarkt am Markt behaupten. Chancen bestehen in der Unterstützung der Unternehmen der Region bei der Fachkräftesicherung durch die anerkannte Stellung in den Bereichen Hydraulik, Pneumatik, Elektronik, Mechatronik und CNC-Technik, sowie als Komplettanbieter von Berufsorientierung, Aus- und Weiterbildung und begleitender Angebote. Die Finanzsituation erlaubt es auch künftig, die hierzu notwendigen Investitionen zu tätigen.

Riesa, den 19. Oktober 2017

Thomas Moldenhauer
Geschäftsführer

7 Einzeldarstellung der Zweckverbände

7.1 Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“

Rechtliche Verhältnisse

Firma	Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“
Gründung	Der Trinkwasserzweckverband wurde am 9. September 1993 gegründet. Die Anlagen wurden aus der ehemaligen WAB Dresden GmbH i. L. herausgelöst. Mit dem seit 20. Juni 1995 geltenden Entflechtungsvertrag übertrug man diese Anlagen in das Eigentum des Zweckverbandes.
Sitz	Röderaue, Ortsteil Frauenhain
Satzung	Satzung vom 25. November 2009 (veröffentlicht am 21. Januar 2010 im Sächs. Amtsblatt; Genehmigung des Landratsamtes Riesa/Großenhain am 06. Januar 2010) trat mit Wirkung vom 22. Januar 2010 in Kraft. Am 28. November 2012 wurde die 1. Änderungssatzung zur Verbandssatzung beschlossen (veröffentlicht am 24. Januar 2013 im Sächs. Amtsblatt; Genehmigung des Landratsamtes Meißen am 7. Januar 2013) und trat mit Wirkung vom 25. Januar 2013 in Kraft. Am 25. März 2015 wurde die 2. Änderungssatzung zur Verbandssatzung beschlossen. Diese trat zum 8. Mai 2015 in Kraft.
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Aufgaben	Der Zweckverband betreibt im Verbandsgebiet die Wasserversorgung als öffentliche Einrichtung zur Versorgung mit Trinkwasser. Er errichtet, betreibt und erweitert im Bedarfsfall Anlagen zur Wassergewinnung, Aufbereitung, Speicherung und Verteilung und kann sich zur Durchführung seiner Aufgaben der Dienstleistungen Dritter bedienen. Der Trinkwasserzweckverband ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und arbeitet ohne Gewinnerzielungsabsicht.
Organe	Verbandsversammlung und Verbandsvorsitzender
Verbandsversammlung	Die Verbandsversammlung besteht lt. § 9 der Satzung aus den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden und jeweils einem weiteren Vertreter dieser Gemeinden, die auf die Dauer von fünf Jahren gewählt werden. Die Verbandsversammlung ist gemäß § 11 der Satzung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Stimmen vertreten sind und die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und geleitet ist.
Stimmanteile	Stadt Gröditz 1 Stimme Stadt Großenhain 1 Stimme Gemeinde Röderaue 1 Stimme
Verbandsvorsitzender	Als Vorsitzender des Zweckverbandes ist durch die Verbandsversammlung Herr Lothar Herklotz, Bürgermeister der Gemeinde Röderaue, gewählt. Stellvertretender Verbandsvorsitzender ist Jochen Reinicke, Bürgermeister der Stadt Gröditz. Der Verbandsvorsitzende ist gemäß § 12 der Satzung Vorsitzender der Verbandsversammlung und Leiter der Verbandsverwaltung. Er vertritt den Verband in allen Rechts- und Verwaltungsgeschäften sowie in gerichtlichen Verfahren, beruft die Mitglieder zur Verbandsversammlung ein, vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung und erledigt in eigener Zuständigkeit die ihm durch Satzung oder per Gesetz übertragenen Aufgaben. Die Befugnisse des Verbandsvorsitzenden sind in der Geschäftsordnung geregelt. Er ist Dienstvorsitzender des Verbandes und kann durch Dienstanweisungen Aufgaben aus seinem Zuständigkeitsbereich einem Betreiber zur ständigen Erledigung übertragen. Der Verbandsvorsitzende bedient sich zur Abwicklung seiner Geschäfte einer Geschäftsführung.
Geschäftsführung	Zum Geschäftsführer ist auf Beschluss der Verbandsversammlung Herr Frank Schmidt, Röderaue, bestellt worden. Er vollzieht die Beschlüsse und Festlegungen der Verbandsversammlung. Seine Befugnisse werden durch Anordnung geregelt.

Jahresabschluss 2016

Der Abschluss des Wirtschaftsjahres 2016, der einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk trägt, wurde in der Verbandsversammlung vom 28. September 2017 festgestellt. Der Gewinn des Wirtschaftsjahres 2016 in Höhe von 99.400,70 Euro wurde der allgemeinen Rücklage zugeführt und soll zur künftigen Tilgung bestehender Darlehen bzw. zur Finanzierung von Investitionen verwendet werden. Dem Verbandsvorsitzenden und dem Geschäftsführer wurde Entlastung erteilt.

Auszug aus dem Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2017

1 Geschäftsverlauf

1.1 Versorgungsgebiet

Der Trinkwasserzweckverband Pfeifholz (TWZV) versorgt die Stadt Gröditz, die Gemeinde Röderaue, die ehemalige Gemeinde Zabeltitz (zum 1. Januar 2010 mit allen Ortsteilen der Stadt Großenhain beigetreten) und die ehemalige Gemeinde Nauwalde (zum 1. Januar 2013 mit allen Ortsteilen der Stadt Gröditz beigetreten) mit Trinkwasser.

Außerhalb des Verbandsgebietes versorgt der TWZV den Ortsteil Adelsdorf (Gemeinde Lampertswalde) sowie die Ortsteile Präsen und Stolzenhain (Gemeinde Röderland / Brandenburg).

1.2 Wasserversorgung

Deckung des Trinkwasserbedarfs

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs im Verbandsgebiet betreibt der TWZV das Wasserwerk Frauenhain. Der benachbarte Wasser- und Abwasserverband Elsterwerda versorgt den Ortsteil Schweinfurth mit Trinkwasser aus dem Wasserwerk Oschätzchen.

Der durchschnittliche Versorgungsdruck im Verbandsgebiet beträgt 3,0 bar und ist für das ländliche ebene Territorium ausreichend bemessen. Im gesamten Wirtschaftsjahr 2017 erfolgte die Versorgung unserer Kunden quantitativ und qualitativ ohne Beanstandungen.

Umsatzentwicklung

Der TWZV versorgte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr ca. 3.550 Abnehmer mit Trinkwasser. Der Anschlussgrad im Verbandsgebiet liegt bei 99,9 %.

Es wurden 587.655 m³ (2016: 603.393 m³ ; 2015: 620.081 m³) Trinkwasser geliefert. Davon an Verbandsmitglieder 476.306 m³ (2016: 483.502 m³ ; 2015: 507.845 m³) und an Abnehmer außerhalb des Verbandsgebietes 111.349 m³ (2016: 119.891 m³ ; 2015: 112.236 m³).

TW-Menge	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Gröditz	246.935 m ³	241.380 m ³	235.184 m ³	236.479 m ³	238.731 m ³	241.635 m ³	233.997 m ³
Röderaue	92.246 m ³	92.131 m ³	90.506 m ³	90.993 m ³	90.849 m ³	89.929 m ³	88.591 m ³
GRH-Zabeltitz	82.062 m ³	81.976 m ³	80.286 m ³	80.979 m ³	84.717 m ³	82.807 m ³	83.674 m ³
Nauwalde	32.571 m ³	31.141 m ³	30.999 m ³	32.490 m ³	32.924 m ³	32.802 m ³	31.493 m ³
Verkauf Dritte	105.904 m ³	108.692 m ³	109.864 m ³	109.734 m ³	112.236 m ³	119.891 m ³	111.349 m ³
Monatskunden	43.695 m ³	37.277 m ³	32.375 m ³	45.362 m ³	59.645 m ³	35.569 m ³	37.674 m ³
Sonstige	1.200 m ³	3.376 m ³	1.052 m ³	1.054 m ³	979 m ³	760 m ³	877 m ³
Gesamt	604.613 m³	596.973 m³	580.266 m³	597.091 m³	620.081 m³	603.393 m³	587.655 m³

In den Mitgliedsgemeinden ist der Verbrauch im Vergleich zum Vorjahr um ca. 1,5 % gesunken. Ursächlich dafür ist aus unserer Sicht der relativ niederschlagsreiche Sommer. Im Bereich der Monatskunden ist die Verbrauchsmenge wieder leicht gestiegen. Bei den Abnehmern außerhalb des Verbandsgebietes ist die Verbrauchsmenge um circa 8.500 m³ zurückgegangen.

Einwohner	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2016
Gröditz	7.067	6.826	6.576	6.496	6.380	6.334	6.198
Röderaue	2.947	2.887	2.850	2.795	2.770	2.728	2.708
GRH-Zabeltitz	2.742	2.705	2.639	2.600	2.602	2.571	2.597
Nauwalde	1.024	1.022	992	995	999	992	977
Gesamt	13.780	13.440	13.057	12.886	12.751	12.625	12.480

Die Entwicklung der Einwohnerzahl im Verbandsgebiet ist weiterhin rückläufig.

1.3 Investitionen

Im Wirtschaftsjahr waren Investitionen i. H. v. 200 T€ geplant, davon wurden 73 T€ (Vorjahr: 58 T€) realisiert.

Diese verteilen sich wie folgt:

Immaterielle Vermögensgegenstände
4.594 € - Digitale Erfassung des Trinkwasserversorgungsnetzes
3.520 € - Software
Wasserverteilungsanlagen
9.995 € - Herstellung von Hausanschlussleitungen
26.006 € - Wasserzähler und Zählerfernauslesung
3.283 € - Druckerhöhungsanlagen Zabeltitz (3 Pumpen)
Wassergewinnungsanlagen
5.815 € - Druckerhöhungsanlagen Zabeltitz (Steuerung)
Betriebsausstattung/GWG
16.510 € - Server, EDV-Technik, Telekommunikation
Anzahlungen/Anlagen im Bau
3.526 € - Hausanschlussleitungen

Die Abschreibungen des Wirtschaftsjahres 2017 betragen insgesamt 195.978 € (Vorjahr: 193.208 €).

1.4 Finanzierungsmaßnahmen bzw. –vorhaben

Die im Wirtschaftsjahr 2017 durchgeführten Investitionsmaßnahmen konnten vollständig aus dem laufenden Cashflow finanziert werden. Die liquiden Mittel haben zum 31. Dezember 2017 einen Bestand von 1.840.631 € (2016: 1.685.015 € 2015: 2.132.762 €).

Die Fristigkeitenstrukturen sind zum Bilanzstichtag durch Überdeckungen gekennzeichnet. Wie bereits im Vorjahr ist das langfristig gebundene Vermögen durch Eigenmittel und langfristige Fremdmittel finanziert.

1.5 Personalaufwand

In den Bereichen Gesundheits- und Arbeitsschutz waren im Wirtschaftsjahr 2017 keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen. Der Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“ hatte zum Stichtag 31. Dezember 2017 insgesamt 10 Beschäftigte und einen Auszubildenden. Davon entfallen auf den gewerblichen Bereich 6 Arbeitnehmer.

Personalaufwand in Euro:	2017	2016	2015	2014
Löhne und Gehälter	443.660,45	419.677,51	381.103,92	371.074,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	99.707,33	93.145,07	84.679,35	80.217,22
Gesamt:	543.367,78	512.822,58	465.783,27	451.291,22

Am 31.12.2017 schied ein technischer Mitarbeiter aufgrund der „Rente mit 63“ aus der Vollzeitbeschäftigung aus und setzt seine Tätigkeit ab 01.01.2018 auf geringfügiger Basis fort.

1.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Wirtschaftsjahres

Betrieb und Instandhaltung

Für den Betrieb und die planmäßige Instandhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen im Verbandsgebiet wurden 362.104 € (Vorjahr: 424.707 €) aufgewendet. Davon entfallen 153.203 € (Vorjahr: 149.088 €) auf die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und 208.901 € (Vorjahr: 275.619 €) auf den Aufwand für bezogene Leistungen.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten u. a. den Materialaufwand für die Erneuerung des Wasserversorgungsnetzes (96.925 €), die Energiekosten des Wasserwerkes (28.635 €) und die Materialkosten der Wasseraufbereitung (30.524 €). Die Tiefbaukosten für Erneuerungsmaßnahmen der Wasserversorgungsanlagen und die Laborkosten sind im Gesamtbetrag der Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten. Der Planansatz (367.300 €) für Betrieb und Instandhaltung wurde um ca. 5.200 € unterschritten.

Mit den für die Instandhaltung zur Verfügung stehenden Mitteln wurden u. a.

- die Erneuerung des ON Nauwalde, in den Bereichen Hauptstraße, Ringstraße, Tiefenauer Straße (teilweise) fortgesetzt,
- die Erneuerung der TWVL in Gröditz, Fröbelstraße (2. BA) realisiert,
- die neue Bahnquerung (DB-Strecke 6248, Bahn-km 42,221) fertiggestellt und die alte Bahnquerung zurückgebaut und
- die Steuerung der Druckerhöhungsanlage Zabeltitz erneuert.

Anschlusswesen

Im Wirtschaftsjahr 2017 wurden im Verbandsgebiet 24 Hausanschlüsse erstmalig hergestellt und 21 Hausanschlüsse erneuert. 3 Hausanschlüsse wurden endgültig stillgelegt.

Diese verteilen sich wie folgt auf die Verbandsgemeinden:

Stadt/Gemeinde	Herstellung HA	Erneuerung HA	endgültige Stilllegung	zeitweilige Stilllegung	Wiederinbetriebnahmen
Gröditz	7	3	1	-	2
GRH-Zabeltitz	8	5	-	2	1
Röderaue	6	-	1	-	-
Nauwalde	3	13	1	1	1

Es wurden 617 Wasserzähler turnusmäßig gewechselt.

Geografisches Informationssystem

Die im Ortsteil Nauwalde im Zeitraum 2016 / 2017 erneuerten Trinkwasserversorgungsleitungen (ca. 1,5 km) wurden eingemessen und werden derzeit digitalisiert.

2 Änderungen im Bestand der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte

Der Trinkwasserzweckverband leistete im Jahr 2017 Entschädigungszahlungen in Höhe von 742 Euro für die Gewährung von Leitungsrechten.

3 Änderungen in Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Im Betrachtungszeitraum waren keine wesentlichen Veränderungen im Bestand der Verbandsanlagen zu verzeichnen. Die Leistungsfähigkeit und der Ausnutzungsgrad der Verbandsanlagen im Wirtschaftsjahr 2017 sind verglichen mit den Ergebnissen der vorangegangenen Wirtschaftsjahre konstant.

4 Stand der Anlagen im Bau und die geplanten Bauvorhaben

In dieser Bilanzposition (6,3 T€) sind u. a. in der Herstellung befindliche Hausanschlüsse und das Flurstück 822 (ehem. WW Strauch) der Gemarkung Strauch (2,3 T€) erfasst.

5 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Ein Stammkapital wurde lt. Verbandssatzung nicht festgesetzt.

Der Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2016 in Höhe von 99.400,70 Euro wurde durch Beschluss der Verbandsversammlung der allgemeinen Rücklage zugeführt. Die Rücklage dient der Tilgung bestehender Darlehen bzw. der Finanzierung von Investitionen.

Wichtige Kennzahlen im Vergleich zum 31. Dezember 2017, 2016, 2015 und 2014 (Vorjahre):

	2017	2016	2015	2014
Eigenkapitalquote (Eigenkapital*100/Bilanzsumme)	93,8 %	91,9 %	81,1 %	79,9 %
Fremdkapitalquote (Fremdkapital*100/Bilanzsumme)	6,2%	8,1%	18,9 %	20,1 %
Anlagendeckung II ((EK+FKL)*100/AV)	155,9 %	149,6 %	144,2 %	151,0 %
Anlagenintensität (Anlagevermögen*100/Bilanzsumme)	60,6%	63,2 %	59,2 %	62,7 %

Ergebnisverwendung:

Der Gewinn wird der allgemeinen Rücklage zugeführt und dient der Finanzierung von Investitionen.

sonstige Rückstellungen:

Grund	Stand 01.01.2017	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2017
Wassernutzungsentgelt	9.900 €	9.900 €	0 €	9.400 €	9.400 €
Abschluss- und Prüfungskosten	5.900,00 €	5.900 €	0 €	7.700 €	7.700 €
Urlaubsrückstellung	0 €	0 €	0 €	860 €	860 €
Sonstige Rückstellungen	900 €	900 €	0 €	800 €	800 €
Archivkosten	5.900 €	0 €	0 €	100 €	6.000 €
Gesamt:	22.600 €	16.700 €	0 €	18.860 €	24.760 €

6 Entwicklung Umsatzerlöse/Betriebsleistung

	2017		2016		2015	
	in m³	Erlöse in Euro	in m³	Erlöse in Euro	in m³	Erlöse in Euro
Verkaufte Menge	587.655		603.393		620.081	
Mengengebühr		815.008		834.426		861.556
Grundgebühr		376.226		375.399		376.686
Verrechnung Gebührenausgleichsverpflichtung		119.834		119.834		0
Umsatzerlöse aus Hauptleistung		1.311.069		1.329.660		1.238.242
Sonstige Erlöse (19%)		11.231		12.541		12.036
Sonstige Erlöse (ohne USt)		11.479		9.134		9.896
Erlöse (7% und 19%)		54.949		23.102		34.495
Auflösung Ertragszuschüsse		4.383		5.267		6.439
Umsatzerlöse nach Verrechnung der Kostenüberdeckung		1.393.112		1.379.704		1301.109
Aktiviere Eigenleistungen		3.718		3.100		4.207
Sonstige Erträge		7.291		7.529		8.677
Betriebsleistung		1.390.334		1.390.334		1.313.992

Die Einnahmen aus der Mengengebühr sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 20 T€ auf 815 T€ gesunken. Die Einnahmen liegen ca. 17 T€ über dem Planansatz. Die Einnahmen aus der Grundgebühr betragen 376 T€ (Vorjahr: 375 T€).

Mittelfristig kann die Entwicklung der im Bereich Wasserversorgung erzielten Umsatzerlöse als stabil bezeichnet werden. Auch in den folgenden Wirtschaftsjahren sind keine gravierenden Änderungen zu erwarten.

7 Hinweise auf wesentliche Risiken bei der künftigen Entwicklung

Aufgrund der speziellen Branchengegebenheiten in der Wasserversorgung, dem kommunal geprägten Kundenkreis sowie der Rechtsform des Trinkwasserzweckverbandes „Pfeifholz“ gehen nur von sehr wenigen und zudem sehr unwahrscheinlichen Risiken Gefahren einer empfindlichen Schwächung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage aus. Unternehmensgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Die Rückläufigkeit der Einwohnerzahl im Verbandsgebiet wird mittelfristig anhalten. Dem damit verbundenen Rückgang der Wasserabsatzmengen und der Einnahmen aus Umsatzerlösen wird durch sparsame Wirtschaftsführung Rechnung getragen. Bei der Planung von Ersatzinvestitionen wird die künftige Entwicklung der Einwohnerzahl durch entsprechende Dimensionierung der Wasserversorgungsanlagen berücksichtigt.

8 Ausblick

Die Einnahmen aus den Grund- und Mengengebühren können auch für die künftigen Wirtschaftsjahre als kostendeckend eingeschätzt werden. Wie in den vorangegangenen Wirtschaftsjahren werden auch zukünftig die rückläufigen Umsatzerlöse durch sparsame Wirtschaftsführung kompensiert.

Für das Wirtschaftsjahr 2018 sind Investitionen in Höhe von 220 T€ im Wirtschaftsplan ausgewiesen. Diese verteilen sich auf immaterielle Vermögensgegenstände (25 T€), bebaute und unbebaute Grundstücke (25 T€), Wassergewinnungs- und aufbereitungsanlagen (25 T€), Wasserverteilungsanlagen (70 T€) sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (75 T€). Ziel des Trinkwasserzweckverbands ist es, im Wirtschaftsjahr 2018 einen Gewinn in Höhe von 149 T€ zu erzielen. Dem geplanten Jahresergebnis liegt eine Trinkwasser-Verkaufsmenge von 591.500 m³, bei geplanten Einnahmen aus Verbrauchsgebühren in Höhe von 823 T€ und aus Grundgebühren in Höhe von 375 T€, zugrunde.

Mittel- und langfristig stellt sich die materiell-technische und finanzielle Lage des Verbandes als stabil dar. Der Trinkwasserzweckverband „Pfeifholz“ verfügt über einen Investitionsplan bis zum Jahr 2021. Eine Trinkwasserversorgungskonzeption für den Zeitraum 2009 bis 2020 liegt vor. Im Wirtschaftsjahr 2018 wird eine Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2019 bis 2021 erstellt und beschlossen.

Auch zukünftig wird der TWZV in der Lage sein, im Rahmen von Gemeinschaftsmaßnahmen mit Straßenbaulastträgern oder in eigener Regie, die notwendigen Erneuerungen der Wasserversorgungsanlagen und -leitungen durchzuführen. Das oberste Ziel der Verbandstätigkeit ist die Gewährleistung einer stabilen und kostengünstigen Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet.

Das Leistungsgeschehen in den ersten 6 Monaten des Jahres 2018 liegt in etwa auf dem geplanten Stand. Die Wasserfördermengen bzw. -verkaufsmengen liegen über dem Niveau des Vorjahres. Die Geschäftsführung geht zum Zeitpunkt der Berichterstellung davon aus, dass die geplanten Leistungen im Jahresverlauf erreicht werden.

9. Gesamtaussage

Der Trinkwasserzweckverband erwartet auch für die nächsten zwei Jahre ausgeglichene Ergebnisse und eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Röderaue, den 08. Juni 2018

Lothar Herklotz
Verbandsvorsitzender

Frank Schmidt
Geschäftsführer

7.2 Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung (KISA)

Rechtliche Verhältnisse

Firma	„Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ KISA
Rechtsform	Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts
Sitz	04317 Leipzig, Eilenburger Straße 1A
Satzung	Verbandsatzung vom 03. Dezember 2003, in der Fassung vom 10. August 2016
Wirtschaftsjahr	01. Januar bis 31. Dezember
Gegenstand des Unternehmens	Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung. Der Zweckverband arbeitet kostendeckend ohne Gewinnerzielungsabsicht. Der vollumfängliche Aufgabenbereich ist in § 3 der Satzung niedergeschrieben.
Organe	Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.
Verbandsvorsitzender	Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff (seit 25.11.2014)
Geschäftsführung	Herr Andreas Bitter (seit 22.10.2014)
Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	Herr Ludwig Martin, Bürgermeister der Gemeinde Borsdorf Herr Franz-Heinrich Kohl Oberbürgermeister der Stadt Aue
Mitglieder des Verwaltungsrates	Frau Ute Kabitzsch - Beigeordnete Stadt Grimma Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer - Bürgermeister Stadt Meerane Herr Stefan Czarnecki - Oberbürgermeister Stadt Werdau Herr Christoph Kasper - Hauptamtsleiter Stadt Bautzen Herr Dirk Spiske - Bürgermeister Stadt Markranstädt (ab 27.09.2017) Herr Dirk Schewitzer - Hauptamtsleiter Stadt Zwenkau Herr Alexander Troll - Bürgermeister Stadt Lößnitz Herr Markus Michauk - Hauptamtsleiter Gemeinde Großpostwitz Herr Uwe Steglich - Bürgermeister Stadt Stolpen Herr Markus Dreßler - Bürgermeister Stadt Glashütte (ab 27.09.2017) Herr Maik Kunze - Bürgermeister Stadt Groitzsch Herr Jörg Röglin - Oberbürgermeister Große Kreisstadt Wurzen Herr Ulrich Hörning - Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig
Buchführung	Der Zweckverband ist gemäß § 24 SächsEigBVO buchführungs- und bilanzierungspflichtig. Der Zweckverband ist gemäß § 32 SächsEigBVO prüfungspflichtig.

Auszug aus dem Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2017

1 Darstellung des Geschäftsverlaufes einschließlich des Geschäftsergebnisses

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus unterstützt KISA sowohl im kommunalen als auch im privaten Bereich die Auftragsverarbeitung und ist für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

Die KISA ist ein Zweckverband mit 269 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31.12.2017 waren bei KISA 92 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 91. Neben den 269 Verbandsmitgliedern betreut KISA ca. 600 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen an. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden IT-technischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH und für Schnittstellen zum Dokumentmanagementsystem durch die Mitarbeiter der KISA.

Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedienen wir uns der Lecos GmbH sowie der GISA GmbH.

Darüber hinaus bietet KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software sowie Informationssicherheit, Lizenzmanagement und Datensicherheit an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA seine Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die oben genannten Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen:

Ort	Mitarbeiter
Leipzig, Eilenburger Straße 1 A	33
Dresden, Semperstraße 2	29
Limbach-Oberfrohna, Markt 11-13	30

Zusätzliche Anmietungen von Räumen waren nur im Rahmen von Lagermöglichkeiten für Outsourcing erforderlich.

Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 1 der Verbandsatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften. Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 16.12.2013 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2017 wurden am 28.09.2016 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 19.12.2016 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2017 wurde am 19.01.2017 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3/2017 veröffentlicht.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und das Umfeld der Informations- und Kommunikationstechnik sind weiterhin von einem kräftigen Wachstum gekennzeichnet. Informationstechnik durchdringt immer mehr Bereiche von Wirtschaft und Verwaltung. Die Digitalisierung von Prozessen und ganzer Wertschöpfungsketten stellt Anbieter und Anwender vor steigende Herausforderungen. Bisher erfolgreiche Unternehmen und deren Produkte werden aus dem Markt gedrängt, neue innovative Lösungen entstehen.

Dieser Entwicklung muss sich auch KISA stellen. Mit Einführung eines eigenen Verantwortungsbereiches für das Innovations- und Veränderungsmanagements im Jahr 2017 wurde dem Rechnung getragen. Erste Sensibilisierungsveranstaltungen haben für die Mitarbeiter stattgefunden. Derzeitige und künftige Wachstumfelder wurden ermittelt und werden inhaltlich und organisatorisch vorbereitet.

Informationssicherheit und Datenschutz sind in dem vernetzten und digitalisierten Umfeld weiter zunehmend von enormer Bedeutung. Dies betrifft den Zweckverband intern als vor allem auch als externes Angebot besonders für die kleinen und mittleren Kommunen. Die Dienstleistung des Informationssicherheitsbeauftragten wird von unseren Kunden bereits erfolgreich genutzt. Mit Blick auf das Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung im Mai 2018 entwickelt KISA auch hierfür ein Angebot.

Ausgehend von den im Online Zugangs Gesetz definierten Vorgaben des IT Planungsrates zur Ermöglichung der elektronischen Abarbeitung aller Verwaltungsleistungen über vernetzte Portale stellt sich der Zweckverband in einem Partnernetzwerk dieser Herausforderung.

Der gesellschaftliche, technologische und demografische Wandel, die teilweise schwierige Haushaltslage und die Europäisierung stellen die Verwaltungen weiterhin vor große Herausforderungen. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität erfüllt werden und sollen in den nächsten Jahren durch die Bereitstellung eines Bürger-Service-Kontos für jeden Bürger weiter optimiert werden. Die Abläufe (Prozesse) müssen optimiert werden, die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung) muss eingeführt werden. KISA wird hier eine entscheidende Rolle im Freistaat Sachsen wie auch in Mitteldeutschland einnehmen.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09.07.2014 wurde die elektronisch öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt. Diesen Anforderungen haben sich IT Unternehmen wie die KISA zu stellen. Auf dem IT Gipfel des Bundes 2016 wurden dazu weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft festgelegt. Im Vordergrund steht hierbei vor allem das nationale Bürgerkonto (s.o.) und somit der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem jeweiligen Rathaus, Amt etc. Aufgrund der gesetzlichen Regelung werden seitens KISA Beratungspakete bzw. Produkte mit folgenden Inhalten bereit gestellt:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- Technische Infrastruktur
- Elektronischer Zahlungsverkehr,
- Dokumentenmanagementsystem (DMS) sowie zukünftig ein Zentrales DMS (in Vorbereitung!)

Neben den umfangreichen Beratungen empfiehlt KISA die Umsetzung der Module mit Hilfe der vom Zweckverband angebotenen Anwendungen: CMS.KISA, Sitzungsdienst, Ratsinformationssystem, Dokumentenmanagementsystem VISkompakt und den Formularservices, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2017 war geprägt von der Weiterführung der Stabilisierung der im Jahr 2015 vorgenommenen strukturellen Änderungen, der konsequenten Umsetzung des Haushaltstrukturkonzeptes sowie in der weiteren Optimierung der internen Prozesse und der Servicekultur gegenüber den Kunden. Parallel dazu wurde begonnen, neue Wachstumsfelder zu definieren und deren Einführung vorzubereiten. Die Fortschreibung des Haushaltsstrukturkonzeptes und die Aufstellung des Personalkonzeptes erfolgten zum 30.06.2017. Die strategischen Partnerschaften mit Dienstleistern im öffentlichen Bereich wurden weiter ausgebaut, u. a. mit der PDV GmbH.

Am 29. März 2017 fand das erste Kundenforum statt, in welchem strategische Themen aber auch Fachthemen in Foren und Ständen vorgestellt und diskutiert wurden. Weiterhin fanden im Jahr 2017 der Anwendertag für das CMS und der Bauhoftag statt. In diesen beiden Veranstaltungen wurden jeweils Fachfragen diskutiert und jeweiligen Weiterentwicklungen vorgestellt. Der Anwendertag für das CMS lief insbesondere unter dem Thema des Umstellungsprozesses vom bisherigen Virtuellen Rathaus (VRH) auf ein neues System. Das neue CMS wurde im Laufe des ersten Halbjahres 2017 ausgeschrieben und bezuschlagt und soll das bisher vorhandene VRH ablösen. Der Umstellungsprozess wird KISA die nächsten Jahre begleiten.

Zum Ende des Jahres wurde die grundlegende Überarbeitung des Webauftrittes der KISA abgeschlossen. Es entstand ein komplett neues Layout. Die bisherigen Inhalte wurden grundlegend überarbeitet und stehen im neuen Design zur Verfügung. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Umsetzung eines neuen Corporate Design für KISA, dessen Umsetzung im Jahr 2018 weiter fortgeführt werden wird. Der Warenkorb wurde zum 1. April 2017 produktiv gesetzt. Verbandsmitglieder können nach Identifizierung unkompliziert Waren aus dem Angebot auswählen und bestellen. Aktuell ist das Angebot auf Hardware begrenzt. Die Erweiterung des Angebotes, u.a. auch auf Dienstleistungen, soll im Jahr 2018 erfolgen.

Die Vervollständigung der Dokumentation von Softwarelizenzen wurde im Laufe des Jahres 2017 abgeschlossen. Ein einheitliches Lizenzmanagement wurde eingerichtet und etabliert. Die Ausschreibung für ein internes CRM und ERP System wurde ebenfalls bezuschlagt. Die Umsetzung wird 2018 erfolgen, sodass die vollständige produktive Nutzung ab dem 1. Januar 2019 erfolgen kann. Ursprünglich war der Beginn zum 1. Januar 2018 geplant, aber aufgrund von Verzögerungen in der Ausschreibung konnte dieser Termin nicht mehr gehalten werden.

Im Bereich Finanzwesen wurden aufgrund des bestehenden Kooperationsvertrages mit der Kommunalberatung B&P verstärkt Schulungen zur Eröffnungsbilanz mit hoher Resonanz angeboten werden. Weiterhin konnte ein Neukunde gewonnen werden. Dessen Migration wurde erfolgreich abgeschlossen, sodass die geplante Produktivsetzung zum 1. Januar 2018 erfolgen konnte. Erfolgreich wurde auch die Folgezertifizierung für das doppelte Finanzverfahren IFRSachsen.Ki-Sa inklusive der Anlagenbuchhaltung durch die SAKD abgeschlossen. Die Arbeit im Fachbereich Veranlagung war neben der gewohnten Betreuung und Beratung im KM-V von den Umstellungsarbeiten auf die Veranlagung in das IFRSachsen.Ki-Sa geprägt. Insgesamt konnten zum Jahreswechsel 2017/2018 fünf Pilot-Kommunen erfolgreich auf die IFR-Veranlagung umgestellt werden. Dabei wurde auch die Anbindung der IFR-Veranlagung an VIS pilotiert (elektronische Steuerakte).

Im Rahmen der ersten regionalen Informationsveranstaltung zum Umstieg von KM-V auf die IFR-Veranlagung, die im Mai in allen drei Geschäftsstellen statt fand, wurden alle Fragen rund um das Umstellungsprojekt beantwortet. Weiterhin wurden der weitere Projektverlauf und die damit zusammenhängenden Aufgaben vorgestellt und erläutert.

Anfang des Jahres wurde der WebClient für das Verfahren Personalwesen LOGA voll funktionsfähig zur Verfügung gestellt. Der Abschluss der Umstellung auf das HCM2 erfolgte im vierten Quartal. Die Nutzung von Zusatzmodulen für das Einwohnermeldewesen MESO konnte weiter ausgebaut werden. Die Absicherung der Bundestagswahl erfolgte durch die gute Vorbereitung im Vorfeld unproblematisch.

Durch den Technischen Services erfolgte Anfang des Jahres die Überprüfung aller KISA-Arbeitsplätze und damit verbunden, je nach Bedarf, auch deren Neuausstattung. Seit Oktober 2017 wird durch den Bereich der Online-Datenspeicher LDrive.KISA produktiv angeboten. Weiterhin erfolgte für die Sicherung von Daten die Einführung des Produktes Backup.KISA, dessen Resonanz allerdings bisher sehr gering ausfiel. Im Jahr wurden zwei Neukunden für IT-Outsourcing gewonnen und produktiv umgesetzt. Parallel hierzu erfolgten die Betreuung der bestehenden IT-Outsourcing-Kunden und deren Erweiterung. Die umfangreichen Rollouts wurden jeweils rechtzeitig abgeschlossen. 2017 hat KISA den Prozess bestehende Leasingverträge nicht zu verlängern bzw. zu kündigen weiter fortgesetzt. Neue Technik wurde mittels Investitionskredit beschafft und wird über die vorgeschriebene Nutzungsdauer abgeschrieben.

Durch die Verbandsversammlung wurde am 31. Mai 2017 der Beschluss zur Zusammenlegung der Geschäftsstellen von KISA vom 7. April 2014 aufgehoben. Die Beschlussfassung erfolgte auf Grundlage der erstellten Neubewertung der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen einer eventuellen Zusammenlegung auf einen Standort. In der gleichen Verbandsversammlung erfolgte ebenfalls der Beschluss, dass mögliche Schadenersatzansprüche gegenüber dem vormaligen Verbandsvorsitzenden nicht weiter verfolgt werden und die eingelegte Berufung gegen das Urteil des Landgerichts Leipzig zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen den vormaligen Geschäftsführer zurück zu nehmen ist.

Durch den Bereich Finanzen und Verwaltung erfolgte im Jahr 2017 die Erhebung der Umlage. Im Jahr 2017 wurden 1.000 T€ beschieden. Zum Jahresende betrug die Gesamtsumme der offenen Forderungen aus Umlagen (inkl. 2015 und 2016) insgesamt 386 T€. Insgesamt liegen 16 Zulassungsverfahren vor den Verwaltungsgerichten und 7 ruhende Verfahren vor. Eine endgültige Entscheidung in der Hauptsache wird im Jahr 2018 erwartet. Durch das OVG Bautzen wurde im November 2016 in einem Musterverfahren entschieden, dass dem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz nicht stattgegeben wird und die Anfechtungsklage keine aufschiebende Wirkung hat.

Personal

Im Vergleich zum Vorjahr war der Personalbestand im Jahr 2017 stabil. Personalabgänge sind hauptsächlich im Erreichen der Altersgrenze begründet. Die Nachbesetzung der Stellen wurde im Vorfeld jeweils geprüft. Den Vorgaben des Haushaltsstrukturkonzeptes wurde jederzeit Rechnung getragen. Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 32% der Umsatzerlöse (Vorjahr 33 %). Aufgrund der teilweisen Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Planstellen mit adäquaten Fachpersonal blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert.

Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 2.498 T€ (Vorjahr 2.784 T€). Im Wirtschaftsjahr wurden 1.000 T€ durch Erträge aus Umlagen erzielt (Vorjahr 2.000 T€). Damit wurde wieder ein operativer Gewinn vor Umlagen in Höhe von 1.498 T€ (Vorjahr 784 T€) erzielt.

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

- Fortführung der Umsetzung kostendeckender Preise
- Auflösung der Rückstellung für Prozesskosten aufgrund Rücknahme Berufung zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen und damit Beendigung des Verfahrens
- Geringere Personalaufwendungen aufgrund nichtbesetzter Stellen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
- Einhaltung Vorgaben Haushaltsstrukturkonzept
- Erhebung Umlage in Höhe von 1 Mio.€

Ursachen für das Nichterreichen der gesetzten Umsatzziele waren insbesondere:

- Fehlende Schulungs- und Beratungsleistungen
- Neugenerierung von Aufträgen, die sich mit Blick auf die Haushaltssituation in den Kommunen erst in 2018 abbilden werden
- Verzögerungen im Projekt zur Umstellung der Veranlagung ins IFR.Sachsen-Ki-Sa2 Mio. EUR

Zur Verbesserung der Ertragssituation hat KISA beginnend im Jahr 2014, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf ein kostendeckendes Niveau angehoben und künftige Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigt. Weiterhin wurde im Jahr 2017 der Kontakt zu unseren Kunden durch unsere regionalen Kundenbetreuer verstärkt aufgenommen und ausgebaut.

II. Darstellung der Lage

Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Jahr 2017 leicht gestiegen. Hauptgrund ist der erhöhte Materialeinkauf, begründet im erhöhten Technikeinkauf für Verkäufe und in der Wahl 2017. Die Materialaufwandsquote beträgt 50 Prozent (Vorjahr 52 %).

Im Vergleich zum Plan ist der Materialaufwand etwas geringer. Dies ist darin begründet, dass die geplanten Preiserhöhungen unserer Lieferanten nicht vollständig eingetreten sind und die angestrebten Fallzahlen nicht vollumfänglich erreicht wurden. Der erhöhte Materialaufwand für den Technikeinkauf für Verkäufe und für Leasingaufwendungen konnte dadurch komplett aufgefangen werden. Der erhöhte Leasingaufwand gegenüber dem Plan entstand durch die nicht statt gefundene rechtzeitige Rückgabe von Leasinggeräten. Aufgrund der Struktur des Abrufes, kann dies durch KISA nicht immer allein beeinflusst werden.

Der Personalaufwand fiel im Vergleich zum Vorjahr um 174 T€ (+3 %) höher aus. Neben einem leichten Anstieg der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter wirkten Tarifsteigerungen und die Umsetzung der neuen Entgeltordnung aufwandssteigernd. Die Personalaufwandsquote beträgt 32 % (Vorjahr 33 %). Gegenüber dem Plan fiel der Personalaufwand geringer aus. Grund ist, dass nicht alle geplanten Stellen zu 100% besetzt waren. Weiterhin fielen aufgrund Erziehungszeit und Langzeiterkrankungen die Personalaufwendungen geringer aus.

Die Abschreibungen verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 218 T€. Grund ist der Ablauf der Nutzungsdauer von Altanlagegütern und die zeitliche Verzögerung von Investitionen im Jahr 2016 bis auf das Jahr 2017. Im Vergleich zum Plan fielen die Abschreibungen etwas höher aus. Grund hierfür waren die erhöhten Sofortabschreibung von GWG's, deren Anschaffung ursprünglich nicht geplant war und über den Beschluss durch den Verwaltungsrat legitimiert wurde. Der sonstige betriebliche Aufwand nahmen deutlich um 562 T€ gegenüber dem Vorjahr ab. Dies ist hauptsächlich auf stark rückläufigen Leasingaufwendungen in 2017 sowie erhöhten Rechts- und Beratungsaufwendungen und erhöhten Aufwendungen aus Zuführung zur Rückstellung für Rückbauverpflichtungen in 2016 zurückzuführen. Insgesamt liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen auch unter der Planung 2017. Dies ist mit nicht erfolgten Preisanpassungen der Lieferanten und weiterhin strikten Einsparungen zu erklären.

Weiterhin konnte das Projekt der Einführung und Umstellung der internen CRM und ERP Software aufgrund von zeitlichen Verzögerungen bei der Ausschreibung nicht umgesetzt werden und wurde auf das Jahr 2018 verschoben.

Auf Grund der guten finanziellen Situation 2017 brauchte der Kassenkreditrahmen nicht in Anspruch genommen werden, so dass der Zinsaufwand im Vergleich zum Jahr 2016 geringer ausfiel. Insgesamt ist das Ergebnis besser, als bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes erwartet. Dennoch ist die Geschäftsentwicklung nicht zufriedenstellend. Das Ergebnis wurde vorwiegend durch Einsparungen und nicht durch die Generierung neuer Aufträge erwirtschaftet. Vor dem Hintergrund bleibt es weiterhin die Hauptaufgabe des Zweckverbands, die IT-Strategie unter kostendeckenden Preisen fortzuentwickeln und den technischen Fortschritt, die Weiterentwicklung der IT in den Kommunen mit zu gestalten sowie die Kunden von den Einsparungsmöglichkeiten durch die konsequente Nutzung moderner IT-Systeme zu überzeugen. Die Erkennung des Bedarfs in den Kommunen und dessen vollständige Deckung müssen im Fokus der nächsten Jahre liegen. In diesem Zusammenhang fanden bereits im Jahr 2017 Beratungen zur Festlegung von Wachstumsfeldern statt, welche im Jahr 2018 fortgeführt und deren Ausbau und Einführung begonnen werden.

Die planmäßigen Abschreibungen lagen über den Anlagenzugängen von 880 T€. Somit ergab sich insgesamt ein Rückgang der Restbuchwerte des Anlagevermögens. Die Anlagenintensität beträgt 22 % (Vorjahr 27 %). Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr vor allem durch die Erhöhung der liquiden Mittel durch die Erzielung positiver Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöht. Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr wesentlich erhöht. Hauptursache hierfür ist der vollständige Ausgleich des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages im Wirtschaftsjahr. Das Eigenkapital ist erstmalig seit Jahren wieder positiv. Durch die in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entstandenen Verluste belief sich zum Jahresende 2014 der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag auf rund 6,9 Mio. €. Dieser Fehlbetrag konnte durch die positiven Fahresergebnisse 2015, 2016 und 2017 komplett ausgeglichen werden. Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2017 15 % und die Fremdkapitalquote 85 %. Der Rückgang der Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus verminderten Rückstellungen für Prozesskosten sowie für ausstehende Rechnungen.

Der im Jahr 2013 aufgenommene Investitionskredit wurde 2016 mit 348 T€, der Investitionskredit von 2015 mit 160 T€ und der Investitionskredit von 2016 mit 101 T€ jeweils planmäßig getilgt. 2017 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 740 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung im September 2017.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten begründen sich hauptsächlich aus erhaltenen Lieferungen und Leistungen, welche 2017 entstanden sind, aber aufgrund des Zeitpunktes der Rechnungsstellung durch die Lieferanten im Jahr 2017 noch nicht bezahlt werden konnten.

Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert werden. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Der Kassenkredit wurde zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen.

Beteiligungen

KISA hält zwei Beteiligungen, 100 % an der KDN GmbH und 10 % an der Lecos GmbH. Das Stammkapital der KDN GmbH beträgt 60 T€, das Stammkapital der Lecos GmbH 200 T€. Weiterhin bestehen Genossenschaftsanteile in Höhe von 5 T€ an der Firma ProVitako e. V. Es erfolgten in 2017 keine Ausschüttungen. Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen. Die Lecos GmbH schloss das Jahr 2016 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 30 T€, die KDN GmbH mit 0 T€ und die ProVitako e. G. mit einem Jahresüberschuss von 144 T€ ab.

III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Unternehmensrisiko

Um den Verband zu konsolidieren, wurde im Jahr 2014 ein Haushaltsstrukturkonzept aufgestellt und durch die Verbandsversammlung beschlossen. Weiterhin wurde die Stelle des Fachbediensteten für das Finanzwesen besetzt, um zukünftig eine schnellere und bessere Übersicht über die laufende Geschäftsentwicklung zu erhalten. Parallel dazu erfolgte die Neustrukturierung der kompletten Aufbauorganisation.

Das beschlossene und im Jahr 2015, 2016 und 2017 fortgeschriebene Haushaltsstrukturkonzept legt die wesentlichen notwendigen wirtschaftlichen Eckpunkte und Handlungsanforderungen an den Zweckverband fest. Die Erarbeitung und Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgte in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde. Durch die Umsetzung der im Konzept genannten Maßnahmen, haben sich bereits im Jahr 2015 die Liquiditäts- und Ertragslage deutlich verbessert. Die Verbesserung konnte in den Jahren 2016 und 2017 fortgesetzt werden.

Der bis zum 31.12.2014 aufgelaufene sehr hohe nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag, ließ sich kurz- bzw. mittelfristig aber nur durch die Erhebung von Umlagen in nennenswertem Umfang abbauen. Nach § 12 Abs. 3 der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen „Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBVO) ist dafür eine Frist von bis zu drei Jahren vorgesehen. Diese Frist kann nur mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde verlängert werden, wenn ein Ausgleich absehbar ist. Andernfalls ist nach § 12 Abs. 4 der SächsEigBVO ein Ausgleich durch Haushaltsmittel der Gemeinde vorzunehmen. Mit dem Jahresabschluss 2017 konnte dessen vollständiger Ausgleich erfolgen.

Die Umlage ist ebenfalls als umzusetzende Maßnahme im Haushaltsstrukturkonzept benannt. Bereits mit dem Haushaltsjahr 2015 erfolgte die Erhebung in Höhe von 3.000 T€. In den Jahren 2016 und 2017 wurden nochmal 2.000 T€ und 1.000 T€ erhoben. Ausgehend von der wirtschaftlichen Lage und der beschlossenen Eckpunkte im Haushaltsstrukturkonzept, ergeben sich für unseren Verband folgende Risiken und Chancen.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der sinkenden Bevölkerung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen bzw. Wegfall von Mitgliedern durch Eingemeindungen;
- der fehlenden oder nur eingeschränkten Akzeptanz der notwendigen Erhöhung der Preise für unsere Dienstleistungen bei unseren Kunden und Mitgliedern;
- Schwierigkeiten bei der Findung von qualifiziertem Personal
- erhöhte Anforderungen an den Datenschutz sowie die weltweit steigende Computerkriminalität;
- der starken Marktposition unserer Lieferanten und der damit verbundenen schwierigen Lage für künftige Preisverhandlungen.

Chancen haben wir in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter;
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad;
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen;
- unser Produktportfolio, sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen ermöglicht; IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentliche Auftraggeber
- den Ausbau der Serviceleistungen im Bereich neuer digitaler Services
- den Aufbau und Einrichtung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems für die Kunden mit einer zukünftigen Anbindung an ein eArchiv in Sachsen
- die Nachfrage nach Kommunalen Cloud-Diensten
- Beratungen und Unterstützungen in der IT-Sicherheit und im Datenschutz
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetzes des Bundes und der Länder
- das Anbieten eines fortschrittlichen und komfortablen CMS

Die Leistungen der KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Wesentlichen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Wesentliche Investitionen über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus sind dafür in absehbarer Zeit nicht erforderlich oder geplant. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen. Dem gegenübersteht selbstverständlich der Ausbau der definierten Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das IT-Outsourcing, das CMS, das Dokumentenmanagementsystem und die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement zählen. Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für die Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbilden, damit eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

Prognosebericht

In der Zukunft muss die Ertragskraft der KISA weiterhin stabilisiert werden, um zu einer nachhaltigen Geschäftsentwicklung zu kommen. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in dem beschlossenen und fortgeschriebenen Haushaltsstrukturkonzept aufgezeigt und fortgeschrieben.

Folgende konkrete inhaltliche Maßnahmen zur Stabilisierung der Ertragslage werden ab dem Jahr 2018 sein:

- Durchführung eines Kundenforums am 28. Februar 2018
- Planung und Durchführung von Fachveranstaltungen und Anwenderschulungen
- Verbesserung und Ausbau des Kundenservices, insbesondere in der Erreichbarkeit des Service Desk
- Fortführung der Migration vom KM-V auf die IFR-Veranlagung
- Ausbau der Nutzung von Zusatzmodulen und Fachschalen für das Finanzverfahren IFRSachsen.Ki-Sa, für das Einwohnermeldewesen MESO, für das Personalwesen LOGA und für das Dokumentenmanagementsystem VIS
- Ausbau und Entwicklungen von Schnittstellen für die Fachanwendungen zum VIS
- Entwicklung, Ausbau und Fortführung der Beratungsleistungen für IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement
- Produktivsetzung der Schnittstelle zwischen Einwohnerwesen und Gewerbe
- Zur Verfügungstellung der elektronischen Antragstellung im Gewerbe
- Update des Verfahrens Ordnungswidrigkeiten OWI auf OWI 4.0
- Start der elektronischen Sammelakte im Personenstandswesen AutiSta
- Etablierung eines digitalen Bürgeraccounts und Antragsmanagements in Verbindung mit den bestehenden Fachverfahren
- Entwicklung von standardisierten Dienstleistungen durch Beratung und Hardware-Rollout für die Schulträger in Sachsen

Neben den genannten Maßnahmen wird die KISA im Laufe des Jahres 2018 beginnen, als präferierter Partner für alle Fragen rund um die Entwicklung der kommunalen IT und der digitalen Verwaltung sowohl dem Land als auch seinen Mitgliedern vollumfänglich zur Verfügung zu stehen. Das Controlling und die entwickelte IT-Strategie werden in den Folgejahren weiterentwickelt und ausgebaut.

Für das Jahr 2018 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 29. November 2017 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresüberschuss von 136 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.000 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember 2018 wurde mit 2.975 T€ prognostiziert. Ab dem Jahr 2018 ist der Zweckverband mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet. Die vorliegende aktuelle Prognoserechnung 2018 (Stand 28.02.2018) geht von einem deutlichen Umsatzrückgang von ca. 1.500 T€ im Zusammenhang mit dem gekündigten Vertrag der Stadt Leipzig zu KM-D (./. 2.000 T€) aus, was korrespondierend zu einer deutlichen Reduzierung der Aufwendungen für bezogene Leistungen führen wird. Aus der vorgesehenen Besetzung offener Planstellen sowie erwarteten Tarifsteigerungen wird ein Anstieg der Personalkosten von ca. 970 T€ erwartet. Insgesamt wird ein Jahresüberschuss 2018 in Höhe von 136 T€ prognostiziert.

Leipzig, 25. April 2018

Ralf Rother
Verbandsvorsitzender

Andreas Bitter
Geschäftsführer

8 Nachrichtlich: Mitgliedschaften der Stadt Gröditz

Mitgliedschaften der Stadtverwaltung Gröditz

Stand: 31.12.2017

- Kommunalen Arbeitgeberverband Sachsen e.V.
- Elbe-Röder-Dreieck e.V.
- Sächsischer Städte- und Gemeindetag e.V.
- Bündnis für Demokratie und Zivilcourage e.V.
- Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.
- Fachverband der Landesbeamten im Freistaat Sachsen e.V.
- Kreisfeuerwehrverband Meißen e.V.
- Friedrich-Bödecker-Kreis Sachsen e.V. (Bibliothek)
- Deutscher Bibliotheksverband e.V.
- Bund deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen e.V.
- Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (Eigenbetrieb Abwasser Gröditz)